

Ist der sicherheitspolitische Konsens zerbrochen?

Nachrüstung, Nato und Bundeswehr im Urteil der Bundesbürger

Karl-Heinz Reuband

1. Sicherheitspolitische Orientierungen in der Krise?

Sicherheitspolitik bedarf langfristig in ihren zentralen Elementen des Konsenses der Bevölkerung. Darin stimmen fast alle Autoren, Wissenschaftler wie Politiker, überein. Nicht nur, daß fehlender Konsens in Demokratien zu Unzufriedenheit und dem Wunsch nach Veränderung führt, auch aus militärischer Sicht ist psychologische Stützung notwendig: Sobald zentrale militärische Doktrinen von der Bevölkerung nicht mitgetragen und sie der Diskrepanz gewahr werden, wird die Verteidigungsfähigkeit – sowohl auf der Ebene der Gesamtbevölkerung als auch des von dorthier rekrutierten Militärpersonals – beeinträchtigt.¹ Spannungen zwischen Militär und Zivilbevölkerung nehmen zu, Konflikte innerhalb des Militärs tun sich auf. Und das Außenimage wird davon nicht unberührt bleiben: „Ein Bündnis, dessen Innenimage durch Nichtakzeptanz geprägt ist, könnte kaum das Außenimage politisch glaubwürdiger Abschreckung vermitteln.“²

In der Bundesrepublik war Sicherheitspolitik lange Zeit in der öffentlichen Diskussion kein Thema. Nachdem sich der Streit um die Wiederbewaffnung und Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomraketen in den 50er Jahren gelegt hatte, schien der sicherheitspolitische Grundkonsens fest etabliert. Bundeswehr und Nato wurden weithin akzeptiert, die transatlantische Allianz weder von nennenswerten Teilen der Bevölkerung noch in der öffentlichen Diskussion in Frage gestellt. Mit dem Nachrüstungsbeschluß der Nato vom Dezember 1979 und dem Wechsel in der amerikanischen Administration³ scheint sich diese Situation in den 80er Jahren grundlegend und jäh geändert zu haben. Breite Proteste gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen und Umfragen, denen zufolge die meisten Bundesbürger eine Stationierung ablehnen, haben die Frage nach den sicherheitspolitischen Orientierungen der Bundesbürger erneut virulent werden lassen: Ist der Konsens inzwischen brüchig geworden, ist die atlantische Allianz nicht mehr gefragt?

Die angebotenen Interpretationen sind verwirrend; die Unterschiede könnten nicht größer sein: Während die einen den Nachrüstungsprotest als Symptom und einen Erdrutsch im sicherheitspolitischen Denken zu erkennen glauben, wähen andere alles beim alten. „Die Haltung der Deutschen zur Atlantischen Allianz wandelt sich schneller als Gegner oder Befürworter der Nachrüstung bislang angenommen hatten.“⁴ Verwiesen wird auf die ra-

sche Ausbreitung der Friedensbewegung, die öffentliche Kritik an den USA und die Ablehnung einer Nato-Entscheidung. Die Rede ist von einem deutschen Trend zum Neutralismus, von einer pazifistischen Grundstimmung und einem Mißtrauen gegenüber den USA, das in der übrigen Welt „nur gedämpftes Echo“ fände. „Vor zehn Jahren identifizierte sich die Bundesrepublik mit Amerika – heute ist es das antiamerikanische Land in Westeuropa. Wenn das so weitergeht, wird Deutschland in 10 Jahren rosarot sein.“⁵

Andere Autoren sehen genau das Gegenteil von einem Erdrutsch: Wer eine wachsende Mehrheit gegen Nato-Beschlüsse erblicke, verwechsle aktionistische Minderheiten mit Majoritäten. Die meisten Bundesbürger ständen Umfragen zufolge eindeutig hinter der Nato. Und daß sie dies in unverändert positiver Weise tun, wäre Beleg für die mangelnde Resonanz der Friedensbewegung, die isolierte Stellung der Nachrüstungsgegner.⁶ Schließlich habe auch die Bundestagswahl eindrucksvoll bewiesen, welcher Sicherheitspolitik die Bundesbürger anhängen: Die meisten hätten sich für die CDU/CSU mit ihrer eindeutigen und allgemein bekannten Befürwortung des Nato-Doppelbeschlusses entschieden.⁷ So würde denn das Wahlergebnis deutlich belegen, wo die Bürger in ihren sicherheitspolitischen Orientierungen tatsächlich ständen.

Wie unterschiedlich auch die beiden Interpretationen in der Art ihrer Aussagen und der verwendeten Belege sind, gemeinsam ist ihnen die Gleichsetzung von Nachrüstungsgegnerschaft und Nato-Feindschaft: die einen leiten aus wachsendem Nachrüstungsprotest wachsende Nato-Feindschaft ab, die anderen schließen von konstanter Bejahung der Nato auf Bedeutungslosigkeit der Nachrüstungsgegnerschaft. Damit gehen Prämissen in das Urteil ein, die eigentlich der Prüfung bedürfen. Ob der sicherheitspolitische Konsens sich wandelt oder konstant verhält, ob die Einstellung zur Nachrüstung mit der Einstellung zur Nato gleichzusetzen ist oder nicht, sind keine theoretischen, sondern empirische Fragen. Sie lassen sich unter Rekurs auf Wahlentscheidungen nicht lösen: Wahlentscheidungen stellen eine Aggregation unterschiedlich gewichteter Issuepräferenzen, Partei- und Kandidatenorientierungen dar. Die eigene Meinung muß sich nicht notwendigerweise in allen Fragen mit der offiziellen Linie der gewählten Partei decken.⁸

Im folgenden soll deshalb eine Bestandsaufnahme unternommen werden, die den Zusammenhang zwischen Nachrüstungsgegnerschaft und Nato-Feindschaft als empirisch potentiell zusammenhängende, aber analytisch getrennte Sachverhalte behandelt. Dabei interessieren uns im wesentlichen drei Fragenkomplexe: Wie breit ist die Nachrüstungsgegnerschaft und Unterstützung der Friedensbewegung in der Bevölkerung? Wie hängt die Einstellung zur Nato mit den Einstellungen zur Nachrüstung und Friedensbewegung zusammen? Und welche Veränderungen haben sich in der Haltung der Bundesbürger zur Atlantischen Allianz, der Bundeswehr und dem Abschreckungsprinzip als militärische Doktrin ergeben? Als Basis dienen verschiedene repräsen-

tative Bevölkerungsumfragen in der Bundesrepublik. Weil es uns nicht allein um die Beschreibung eines Ist-Zustandes, sondern auch von Entwicklungsvorgängen geht, ziehen wir Umfragedaten mit heran, welche die Konstruktion von Zeitreihen erlauben. Wir versuchen dabei, so viele Indikatoren wie möglich zur Messung eines Sachverhalts zu verwenden. Das hat zwei Vorteile: Das Ausmaß der Verlässlichkeit wird größer, weil etwaige Störgrößen, die auf einzelne Indikatoren einwirken, in der Gesamtbetrachtung ausgeglichen werden können. Die Strukturierung der Einstellung wird besser erfaßt, weil unterschiedliche Indikatoren jeweils unterschiedliche Schnittstellen an die Einstellungsdimension legen. Man kann so in „schwache“ und „harte“ Indikatoren unterscheiden. Bei Zeitvergleichen beschränken wir uns auf Fragen, die einen Zeitraum bis mindestens in die 70er Jahre hinein abdecken.⁹

2. Paradoxe Befunde zur Nachrüstungsgegnerschaft: Wer hat die Mehrheit?

Selten sind zu einem Thema in derart kurzer Zeit so viele Umfragen durchgeführt worden wie zur Nachrüstung, und selten waren die Ergebnisse derart widersprüchlich. Nicht nur, daß sich von Umfrage zu Umfrage die jeweiligen Randverteilungen unterschieden, es unterschieden sich selbst die Mehrheitsverhältnisse: mal optiert eine Mehrheit gegen eine Stationierung, mal für den Nato-Doppelbeschluß. In Abgrenzung gegenüber einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen kommt E. Noelle-Neumann zu dem Schluß, von einer Mehrheit gegen die Stationierung könne nicht die Rede sein, an der breiten Stützung des Doppelbeschlusses durch die Bevölkerung hätte sich bis kurz vor Stationierungsbeginn nichts geändert. In einer Umfrage für das Bundesverteidigungsministerium im September 1983 spricht sich eine klare Majorität scheinbar für die Raketen aus – ganz im Gegensatz zu einer kurz vorher durchgeführten Umfrage des gleichen Erhebungsinstituts.¹⁰

Diese Widersprüchlichkeit der Befunde hat viele verwirrt und nicht wenige Autoren zu dem Schluß kommen lassen, eine Mehrheit gegen die Nachrüstung läge wohl kaum vor. Man könne das eine Ergebnis durch ein anderes konterkarieren, und man müsse sich deshalb auf andere Indikatoren – wie etwa die Wahlentscheidung – oder Umfragen zur Nato-Akzeptanz verlassen.¹¹

Dieser Schluß ist voreilig: die Umfrageforschung ist ein sensibles Instrumentarium, das sehr wohl soziale Realitäten zu erfassen vermag. Und solange man sich der methodischen Grundlagen bewußt ist und etwaige Störgrößen kontrolliert – sei es in der Anlage der Untersuchung oder der Analyse der Daten –, kann man zu gültigen Aussagen gelangen. Viele Ergebnisse sind einfach deswegen unterschiedlich, weil die Thematik dieselbe ist, die Akzente aber je-

weils anders sind. In vielen Umfragen – so etwa von EMNID für den SPIEGEL oder in Umfragen des Instituts für Demoskopie – wird mit dem Begriff des Nato-Doppelbeschlusses in seinen beiden Teilen – Verhandeln *und* Nachrüsten – operiert. Das aber sind, genaugenommen, zwei Dimensionen. Mancher Befragte wird nur deswegen zustimmen, weil er den Einbezug der Verhandlungen als sinnvoll erachtet, nicht notwendigerweise weil er die geplante Stationierung gutheißt. Dies muß um so mehr zutreffen, als auf Seiten der sozialliberalen Regierungskoalition immer wieder der Verhandlungsteil als eine von ihr eingebrachte eigenständige Komponente betont wurde.¹² E. Noelle-Neumann hat Zweifel an der Fragekonstruktion mit dem Argument zu entkräften versucht, sie „glaube nicht, daß die Bevölkerung überfordert ist, zu etwas so Wichtigem wie dem Nato-Doppelbeschluß, der ein „Paket“ bildet, Zustimmung oder Ablehnung auszudrücken“.¹³ Dem stehen weitgehend unveröffentlichte Umfragen zum Stationierungsteil des Doppelbeschlusses aus ihrem *eigenen* Institut entgegen. Erstmals durchgeführt vor offizieller Verabschiedung des Doppelbeschlusses und seitdem mehrfach wiederholt, zeigen sie deutlich, daß die Interpretation so nicht haltbar ist: Seit Verkündung des Doppelbeschlusses nimmt der Anteil jener kontinuierlich zu, die eine Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in den europäischen Nato-Ländern, „zum Beispiel auch in der Bundesrepublik Deutschland“ ablehnen. Seit dem Frühjahr 1981 *überwiegt* der Kreis derer, welche eine Stationierung „nicht begrüßen“. Und er wird in der weiteren Zeit zusehends größer. Erst nach Abschluß der großen Protestdemonstrationen gegen die Nachrüstung und nach dem endgültigen Stationierungsbeschluß des Bundestages gesteht Noelle-Neumann schließlich indirekt selbst ein, daß ihre Aussagen, die Bevölkerung sei „standhaft“ geblieben und würde die Stationierung bejahen, des empirischen Rückhalts entbehren. In einem Interview mit der Zeitschrift QUICK beziffert sie nun die Nachrüstungsgegner auf eine absolute Mehrheit.¹⁴

Andere Umfragen umgehen das Problem der Mehrdimensionalität, leiden dafür aber an der Verwendung einer Begrifflichkeit, die den Befragten überfordert. So ist es z. B. problematisch, lediglich von Pershing II, Cruise Missiles oder auch bloß von Mittelstreckenraketen zu sprechen – nicht notwendigerweise weil die Befragten in dieser Frage ignorant sind und keine Meinung dazu haben, sondern weil die Alltagssprache sich von der der Experten und der Elitemedien unterscheidet: Im Alltag ist es eher üblich, von Atomraketen zu reden. In einem Falle – der bereits zitierten Umfrage zur Nachrüstung für das Verteidigungsministerium – sind schließlich Suggestivfragen für das Ergebnis verantwortlich und machen die Studie wertlos. Die komplette Umkehr der vorherrschenden Meinungsverhältnisse wird durch einen massiven Einsatz *mehrfach* und höchst komplex aufgebauter Suggestivformulierungen herbeigeführt. Der Befragte reagiert auf einen Stimulus, der mit der Frage der Nachrüstung nur noch wenig zu tun hat.¹⁵

Hält man die methodischen Standards bei Frageformulierungen ein, nennt man die Dinge in der Alltagssprache beim Namen, so kommt man im

Herbst 1983 vor dem Stationierungstermin auf einen Anteil von rund zwei Dritteln, die sich *gegen* die Stationierung gemäß Stationierungsfahrplan aussprechen, bezogen auf ein Stationierungsmoratorium gar auf drei Viertel. Dies schließt bei einem Teil dieser Gruppe Teilstationierung allerdings ebenso wenig aus wie Stationierung zu einem späteren Zeitpunkt. Die Einstellung ist (ebenso wie bei den Nachrüstungsbefürwortern) von Ambivalenzen nicht frei. Für viele spiegelt die abgegebene Meinungsäußerung mehr eine generelle Stimmung als eine durch hinreichende Information abgestützte Entscheidung wider. Nachrüstungsgegnerschaft als Ausdruck von Ignoranz zu deuten, wäre gleichwohl verfehlt: Die vorherrschende Einstellung bleibt in ihrem Muster auch bei den politisch Interessierten und Informierten erhalten, die Nachrüstungsgegnerschaft wird sogar z.T. noch verstärkt.¹⁶

Nun ist nicht jedes Thema auch für den einzelnen subjektiv bedeutsam. Viele Ereignisse, zumal wenn sie nicht den eigenen Alltag berühren, erscheinen fern und nebensächlich. Sie bleiben auf das eigene Denken und Handeln ohne prägende Wirkung. Welche Bedeutung in dieser Hinsicht die Nachrüstungsfrage vor Stationierungsbeginn hatte, ist aufgrund der verfügbaren Daten genauer nicht zu bestimmen. Wohl aber gibt es gewisse indirekte Indizien, aus denen man etwas zur subjektiven Bedeutsamkeit ableiten könnte: die Bewertung von Abrüstung einerseits und Aufrüstung andererseits. Wer meint, Stärkung des Westens hätte allemal Priorität, der wird wohl auch eher eine Stationierung begrüßen. Wer an Entspannung und Abrüstung interessiert ist, der wird ihr eher reserviert gegenüberstehen.

Wie man Tabelle 1 entnehmen kann, nimmt im Herbst 1982 die Entspannungs- und Abrüstungspolitik hinter der Sorge um neue Arbeitsplätze und wirtschaftlichen Aufschwung einen bedeutsamen Platz ein, die „Sicherung vor einem militärischen Überfall aus dem Osten“ und die Stärkung des Militärbündnisses mit dem Westen fallen demgegenüber weit auf einen niedrigeren Rangplatz zurück. Als „sehr wichtiges Ziel“ nannten im Herbst 1982 61 % der Bundesbürger „Für Abrüstung in Ost und West sorgen“ und nur 13 % „Die militärische Verteidigungskraft der Bundesrepublik Deutschland stärken“. Andere Umfragen vom Frühjahr 1983 replizieren diese Rangordnung. Und Umfragen aus dem Jahre 1983, *nach* Stationierungsbeginn, zeigen, daß in der Liste der Themen, die als persönlich bedeutsam und wichtig erachtet werden, die Raketenstationierung in der Tat relativ hoch angesiedelt ist.¹⁷

Für Aufrüstung und Stationierung neuer Raketen ist die Bevölkerung offenbar wenig aufgeschlossen. Daran ändert sich auch dann nichts, wenn man nach dem Alter differenziert: Von einem generationsspezifischen Muster, das die Jüngeren „anfälliger“ für Entspannung und die Älteren für Aufrüstung macht, ist nichts zu finden. Die Altersunterschiede sind durchweg gering.¹⁸ Im Gegensatz zu weitverbreiteten Annahmen gibt es selbst in der Nachrüstungsgegnerschaft kaum größere Unterschiede nach Alter. Altersspezifika treten hier erst auf, wenn man sich auf die Unterstützung der Friedensbewegung und Protestaktionen bezieht. Und das hat dann nicht mehr etwas mit



**Tabelle 1: Wichtigkeit gesellschaftspolitischer Ziele
(Mehrfachnennungen in Prozent)**

	Sehr wichtig	Sehr/ziemlich wichtig
Schaffung neuer Arbeitsplätze und Lehrstellen	79	97
Umwelt und Natur vor Verschmutzung und Zerstörung bewahren	66	94
<i>Für Abrüstung in Ost und West sorgen</i>	61	88
Sicherung der sozialen Leistungen	56	91
Umweltfreundliche Produkte fördern	50	89
Verschwendung von Energievorräten und Rohstoffen bekämpfen	50	86
Über Suchtgefahren besser aufklären	50	83
Alternative Energiequellen wie Sonne, Wind, Wasser stärker nutzen	48	83
Wohnliche, menschenfreundliche Städte, Siedlungen schaffen	43	83
Die Leistungen der öffentlichen Verwaltung (Behörden, Ämter) überschaubarer machen	42	79
Höhere Besteuerung der Großverdiener	41	73
Rationalisierungsproblemen vorbeugen	40	80
Die Großunternehmen stärker kontrollieren	39	74
Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge verbessern	38	80
Klein- u. Mittelbetriebe fördern	35	80
Das Bewußtsein für gesunde Lebensweise verstärken	35	79
Berufliche Weiterbildung und Umschulung verstärken	34	75
Entwicklung zu einer freundlicheren Gesellschaft	33	70
Sozial Benachteiligte stärker unterstützen	32	79
Selbstverantwortung und Eigeninitiative des einzelnen fördern	29	69
Stärkere Förderung von Forschung und Wissenschaft	24	65
Gesellschaftliches Verantwortungsbewußtsein in der Forschung und bei der Entwicklung neuer Technologien fördern	24	61
Möglichkeiten zum Erwerb von Besitz und Eigentum fördern	23	63
Vorverlegung des Rentenalters	22	53
Leistungsdenken fördern	20	54
Mehr Mitbestimmung im Unternehmen	19	55

Fortsetzung Tabelle 1:

	Sehr wichtig	Sehr/ziemlich wichtig
Mehr Verständnis für die Ausländer entwickeln	19	59
Mehr für die Menschen in Entwicklungsländern tun	18	56
Noch mehr Stätten zur menschlichen Begegnung schaffen	16	51
Mehr Anreize schaffen, sich selbständig zu machen	15	47
<i>Die militärische Verteidigungskraft der Bundesrepublik Deutschland stärken</i>	13	38
Noch mehr Angebote zur aktiven Freizeitgestaltung schaffen	11	35
Förderung von Kunst und kulturellen Einrichtungen	9	36
Leistungsdenken fördern	20	54
Mehr Mitbestimmung im Unternehmen	19	55
Mehr Verständnis für die Ausländer entwickeln	19	59
Mehr für die Menschen in Entwicklungsländern tun	18	56
Noch mehr Stätten zur menschlichen Begegnung schaffen	16	51
Mehr Anreize schaffen, sich selbständig zu machen	15	47
<i>Die militärische Verteidigungskraft der Bundesrepublik Deutschland stärken</i>	13	38
Noch mehr Angebote zur aktiven Freizeitgestaltung schaffen	11	35
Förderung von Kunst und kulturellen Einrichtungen	9	36

Frageformulierung: „Jetzt möchten wir gerne Ihre Meinung zu einigen Themen erfahren, über die man heute häufig spricht. Auf diesen Kärtchen stehen verschiedene Ziele und Aufgaben. Sortieren Sie die Kärtchen bitte danach, für wie wichtig Sie persönlich die Erreichung dieses Ziels bzw. die Lösung dieser Aufgabe halten.“ (Kategorie: Sehr wichtig, ziemlich wichtig, wenig wichtig, unwichtig). [In der ersten Spalte sind die Angaben für „sehr wichtig“ ausgewiesen, in der zweiten Spalte die Angaben mit „ziemlich wichtig“ zusammengefaßt.]

Umfragebeschreibung/Quelle: Bevölkerung der Bundesrepublik im Alter von 14 - 64 Jahren, N = 6168. Infratest, Okt.-Dez. 1982. DER STERN / Gruner und Jahr: Dialoge. Fragenkatalog und Basisdaten, Hamburg 1983, S. 12.

der Thematik des Protests per se zu tun, sondern mit der unterschiedlich gerichteten generellen Bereitschaft der verschiedenen Generationen/Altersgruppen, unkonventionelle Formen des Protests zu praktizieren.¹⁹

3. Entwicklung der Nachrüstungsgegnerschaft und Engagement in der Friedensbewegung

Die erste große Protestwelle gegen die Nachrüstung bildete sich im Verlauf des Jahres 1981. Im Herbst gab es die erste bundesweite Großdemonstration; weitere folgten im Juni 1982 und im Herbst 1983, kurz vor Stationierungsbeginn. Dabei nahm die Zahl der Teilnehmer stetig zu und erreichte mit 1,3 Mill. Menschen im Jahre 1983 ihren vorläufigen Höhepunkt. Was aber heißt das nun? Absolut mag die Zahl der Teilnehmer groß sein, relativ zur Bevölkerung ist es nur ein kleiner Teil. Eine Ausweitung des Demonstationsgeschehens wäre bei konstantem – ja, sogar bei schrumpfendem – Demonstrationspotential unter Bedingungen effektiver Mobilisierung möglich. Ohne Rekurs auf Daten, die den Kreis der Handlungsbereiten mit einbeziehen, ist die Frage nicht zu beantworten.

An den wahrgenommenen Folgen der Stationierung gemessen, ist die Bevölkerung skeptischer geworden. Wie man Tabelle 2 entnehmen kann, ist

Tabelle 2: Wahrgenommene Auswirkungen einer Stationierung von Mittelstreckenraketen im Zeitverlauf (in Prozent)

	1981	1982	1983
Ich habe vor der Stationierung der neuen amerikanischen Raketen Angst, weil damit das <i>Risiko</i> eines Atomkrieges auf deutschem Boden <i>größer</i> wird	45	49	54
Ich glaube, daß durch die Stationierung neuer amerikanischer Atomwaffen in Europa der <i>Frieden sicherer</i> wird, weil damit die Sowjetunion wirksamer von einem Angriff abgeschreckt wird	30	24	17
Ich glaube, daß durch die Stationierung neuer amerikanischer Atomwaffen in Europa sich im Grunde <i>nichts Wesentliches verändert</i> . Weder steigt dadurch die Kriegsgefahr noch wird der Frieden dadurch sicherer	24	26	28

Frageformulierung: „Wenn es ab Ende 1983 zur Stationierung der neuen amerikanischen Atomraketen in der Bundesrepublik und Westeuropa kommen sollte, was würde das für Sie bedeuten? Bitte sagen Sie es mir anhand dieser Liste!“

Umfragebeschreibung/Quelle: Bevölkerung der Bundesrepublik ab 18 Jahre, SINUS-Institut, jeweils im August/September, rund 1.500 Befragte. SINUS: Sicherheitspolitik, Bündnispolitik und Friedensbewegung, München 1983, S. 47.

zwischen 1981 und 1983 die Zahl der Menschen gestiegen, die eine Gefährdung aus der Stationierung erwachsen sehen. Belief sich ihr Anteil 1981 auf 45 %, so lag er 1983 bei 54 %. Rund ein Fünftel – mit leicht steigender Tendenz – glaubt an keine wesentlichen Änderungen in der Kriegsgefahr. Änderungen negativer Art in andere Formen sind damit nicht ausgeschlossen.²⁰ Fast halbiert hat sich der Prozentsatz der Bundesbürger, welche die offizielle Begründung des Doppelbeschlusses übernehmen und an eine Erhöhung der Sicherheit glauben.

Daß es kurz vor Stationierungsbeginn nur noch 17 % sind, die der offiziellen Realitätsdeutung folgen, ist bemerkenswert und signalisiert die breiten Zweifel am Sinn der Stationierung. Und dieser niedrige Wert ist keineswegs singulär und auf diese Frage beschränkt. Er findet sich bei anderen Fragen in dieser als auch in anderen Untersuchungen wieder. So meinen in der gleichen Erhebung lediglich 14 %, die „Stationierung von mehr und neuen Atomwaffen der Amerikaner in der Bundesrepublik und Westeuropa“ würden zur Sicherung von Frieden, Freiheit und Sicherheit der Bundesrepublik beitragen. In anderen Erhebungen, in denen ebenfalls die Auswirkungen der Stationierung auf die Sicherheit erfragt werden (vgl. Tab. 3), liegt der Anteil der entsprechend Gestimmten ähnlich.²¹ Mit Ausnahme der Umfrage (2) in Tabelle 3 beträgt er 17 % - 19 %. Daß sich der Wert in der abweichenden Umfrage auf ein Drittel beläuft, mag mit dem stärker ausgeübten Druck zur Meinungsäußerung zusammenhängen: Künstlich (durch Interviewvorgaben) unterdrückte Meinungslosigkeit scheint im Falle der Sicherheitspolitik *zugunsten* der vorherrschenden, offiziellen Position auszuschlagen. Dies zeigen auch die späteren Befunde über die Einstellung zur Nato. Ohne eigentliche Meinung und in sich ambivalent suchen die Befragten Halt an den offiziell quasi legitimierten, ihnen bekannten Realitätsdefinitionen.²²

Untersucht man statt der wahrgenommenen Folgen die Einstellung zur Nachrüstung, so zeigt sich in der Antwortverteilung ein vergleichbares Muster: Die Zahl der Nachrüstküßer ist mit dem Anteil derer, die an eine Erhöhung der Sicherheit glauben, ziemlich identisch. Nur wenn man die Indifferenten und Ambivalenten dazuzählt oder Meinungslosigkeit praktisch unmöglich macht, kann die Zahl der Befragten auf rund ein Drittel gesteigert werden.²³ An dem Grundmuster überwältigender Ablehnung hat auch die zwischenzeitlich erfolgte Stationierung nichts geändert. Man ist zwar etwas weniger von den negativen Auswirkungen überzeugt als vor der Stationierung – der Kreis der Befragten, welcher die Stationierung bejaht, hat sich indes nicht vergrößern können.²⁴

Nachrüstungsgegnerschaft ist nicht mit Mitgliedschaft in der Friedensbewegung äquivalent. Nur ein kleiner Teil aller Nachrüstungsgegner hat sich in lokalen Friedensinitiativen eingefunden und arbeitet mehr oder minder kontinuierlich dort mit. Nachrüstungsgegnerschaft geht nicht einmal notwendigerweise mit Sympathie für die Friedensbewegung einher. Manch einer mag inhaltlich den Zielen zustimmen, gegenüber den Anhängern der Bewegung

Tabelle 3: Wahrgenommene Auswirkungen einer Stationierung von Mittelstreckenraketen (in Prozent)

(1)	(2)	(3)	
Bedrückt mich	61	Erhöht Bedrohung	50
Beruhigt mich	19	Vergrößert Sicherheit	17
Weiß nicht, unmöglich zu sagen	20	Situation bleibt gleich	19
		Weiß nicht, keine Angabe	14

Frageformulierungen: (1) „Wenn die Abrüstungsgespräche zwischen den USA und der Sowjetunion scheitern, sollen ja bei uns in der Bundesrepublik Ende dieses Jahres neue amerikanische Mittelstreckenraketen stationiert werden. Würden Sie sagen, daß Sie das alles in allem eher bedrückt, weil mehr Raketen mehr Gefahr bedeuten, oder eher beruhigt, weil dann das Gleichgewicht zwischen Amerika und Rußland wiederhergestellt wird?“ (2) „Für den Fall, daß die Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und der UdSSR in Genf keinen Erfolg haben, sollen auf dem Gebiet der Bundesrepublik neue Atomraketen stationiert werden. Sehen Sie dadurch eher die Sicherheit der Bundesrepublik vergrößert oder wird eher die Bedrohung größer?“ (3) „Wird Ihrer Meinung nach durch die Aufstellung der neuen Raketen die Sicherheit der Bundesrepublik vergrößert, oder wird eher die Bedrohung größer?“

Umfragebeschreibung/Quelle: Die Umfragen sind jeweils repräsentativ für die Bevölkerung der Bundesrepublik. (1) Ab 16 Jahre, N=K.A., Institut für Demoskopie, Januar 1983, Noelle-Neumann und E.P. Piel: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie, München 1983, S. 636. (2) Ab 18 Jahre, N = 911, infas Institut, März 1983, infas: Bundestagswahl 1983, Bonn-Bad Godesberg 1983, S. 140. (3) Ab 14 Jahre, N = 2096, EMNID Institut, Aug./Sept. 1983, Eigenerhebung des Verfassers. K.H. Reuband: Issueorientierung und Nachrüstungsprotest, in: J.W. Falter, C. Fenner und M.Th. Greven (Hrsg.): Politische Willensbildung und Interessenvermittlung, Opladen 1984, S. 598.

jedoch auf Distanz gehen.²⁵ Wie groß der Anteil von Anhängern, Sympathisanten und Gegnern ist, muß deshalb gesondert bestimmt werden. Und dabei ist nach unterschiedlichen Graden der Identifikation zu unterscheiden: Sich selbst als einen „Teil der Friedensbewegung“ zu begreifen, mißt etwas anderes als „Anhängerschaft“, und dies wiederum anderes als Sympathie oder Billigung. Dementsprechend fallen auch die Zahlen unterschiedlich aus: Als Teil der Friedensbewegung verstehen sich weniger als 8 %, als Anhänger rund ein Drittel. Aber in der Sympathie für die Bewegung kommt man auf Werte von rund zwei Drittel (vgl. Tab. 4).

Diese Werte sind über die Zeit nicht stabil geblieben: Im Gefolge der allgemeinen Problematisierung der Raketenstationierung und gegen sie gerichteten Protesten hat die Friedensbewegung einen steigenden Zuwachs an Sympathie in der Bevölkerung erfahren, sie wird zusehends seriöser eingeschätzt und nach fast allen verfügbaren Indikatoren positiver denn je bewertet. Weitgehend unverändert bleibt demgegenüber die ihr zuerkannte Notwendigkeit.²⁶ Dies muß zunächst als Paradoxon erscheinen, wird aber plausibel, wenn man sich die Indikatorenqualität dieser Frage vergegenwärtigt und sie im Kontext *funktionaler Äquivalenzen* interpretiert: Solange die Friedensbewegung die einzige nennenswerte Gruppe gegen die Nachrüstung darstellt, wird sie von den Nachrüstungsgegnern als notwendig erachtet. In dem Maße, wie neue Gruppierungen mit negativer Haltung in der Öffentlichkeit auftreten, verschiebt sich der Akzent. Das zunehmende Engagement kirchlicher Gruppen, die allmählich wachsende Distanz von SPD und Gewerkschaften zur Nachrüstung, das Erstarken der Grünen – all dies mag eine bedeutende Rolle gespielt haben. Hinter der Konstanz in der zuerkannten Notwendigkeit verbirgt sich so denn faktisch wohl eher eine Aufwertung des Nachrüstungsprotests per se und eine Ausdifferenzierung auf verschiedene Gruppierungen.

Die zunehmende Sympathie für die Friedensbewegung und die größer werdende wahrgenommene Raketenbedrohung hat das eigene Verhalten nicht unberührt gelassen. Die Bereitschaft zum Engagement bei Aktionen oder zur Mitarbeit in der Friedensbewegung ist gestiegen. Daß die Demonstrationsbereitschaft in unserer Übersicht eine Ausnahme bildet – sie sinkt leicht ab –, dürfte vor allem methodische Ursachen haben: Die Teilnahmebereitschaft wurde nur bei Befragten ermittelt, welche die Friedensbewegung als „notwendig“ bezeichnet hatten. Zuerkannte Notwendigkeit aber ist ein unzureichender Indikator für Billigung.

Gestiegen ist nicht nur die Bereitschaft zu Aktionen, gewachsen ist auch die Teilnahme. Hatten im Juli/August 1981 lediglich 9 % der Bundesbürger an Aktionen teilgenommen (sie umfassen Unterschriftensammlung, Demonstrationen ebenso wie Plaketten-Tragen), so waren es Mitte 1983 – noch kurz vor den großen „Herbstaktionen“ mit der bis dahin größten Teilnehmerzahl – rund ein Fünftel. Besonders stark fällt der Wandel bei den Jüngeren, den 16- bis 24-jährigen, aus: Hier hatten sich 1981 14 % als aktiv erwiesen, 1982

Tabelle 4: Identifikation und Engagement in der Friedensbewegung im Zeitverlauf – ausgewählte Indikatoren (Mehrfachnennungen in Prozent)

	1981	1982	1983
<i>Identifikation</i>			
Sympathie ¹	52	66	69
Billigung ²	48	*	44
Zuerkannte Notwendigkeit ³	45	44	46
Anhänger ⁴	*	32	35
Selbst Teil der Friedensbewegung ⁵	6	7	8
<i>Engagement</i>			
Bereitschaft zur Teilnahme an Aktionen ⁶	30	39	37
Bereitschaft zur Teilnahme an Demonstrationen ⁷	25	24	22
Bereitschaft zur Mitarbeit in Friedensbewegung ⁸	9	*	13
Teilnahme an Aktionen ⁹	9	14	17

* = nicht erhoben

Frageformulierungen: (1) „Seit einiger Zeit gibt es in der Bundesrepublik eine Friedensbewegung. Was denken Sie ganz persönlich über diese Friedensbewegung? Auf dieser Liste stehen einige Ansichten. Welchen Ansichten stimmen Sie am ehesten zu? – Ich fühle mich selbst als einen Teil der Friedensbewegung/Ich habe Sympathie für die Friedensbewegung/Ich persönlich lehne die Friedensbewegung ab.“ [In der Kategorie Sympathie sind die ersten beiden Antworten – „selbst Teil der Friedensbewegung“ und „Sympathie“ – zusammengefaßt.] (2) „Bei der Friedensbewegung handelt es sich um Organisationen und Gruppen, die trotz unterschiedlicher politischer Ansichten gemeinsam vor den Gefahren eines neuen Krieges warnen und ein Ende des Rüstungswettlaufs zwischen den Großmächten fordern. Wie ist Ihre Einstellung zu dieser Friedensbewegung? Sagen Sie mir das bitte anhand dieser Liste. – Lehne ich grundsätzlich ab/Habe dagegen Bedenken/Ist mir gleichgültig/Finde ich grundsätzlich gut, werde aber nicht aktiv mitmachen/Werde vielleicht aktiv mitmachen/Werde bestimmt aktiv mitmachen/Mache bereits mit.“ [In der Kategorie „Billigung“ sind die Personen mit Bejahung der Bewegung – ab der Kategorie „grundsätzlich gut“ – zusammengefaßt.] (3) „In der Bundesrepublik gibt es seit einiger Zeit eine Friedensbewegung, die über die Politik zur Erhaltung des Friedens anderer Meinung ist als die Bundesregierung und die Parteien im Bundestag. Halten Sie diese Bewegung für notwendig, für überflüssig, für schädlich oder ist Ihnen diese Bewegung gleichgültig?“ (4) „Wie stehen Sie persönlich zur Friedensbewegung in der Bundesrepublik? Würden Sie sagen, daß Sie selbst ein Anhänger der Friedensbewegung sind?“ (5) Frage wie unter (1), hier als Kategorie gewählt: „Ich fühle mich selbst als einen Teil der Friedensbewegung.“ (6) „Können Sie sich vorstellen, in nächster Zeit an einer dieser Aktivitäten teilzunehmen, oder lehnen Sie diese Aktionen der Friedensbewegung grundsätzlich ab?“ [Die Frage folgt auf die hier unter (9) aufgeführte Frage.] (7) [Im Anschluß an Frage (3), sofern die Friedensbewegung als „notwendig“ crachtet wurde]: „Wären Sie bereit, sich an einer friedlichen Demonstration der Friedensbewegung zu beteiligen, oder wären Sie dazu nicht bereit?“ (8) Wie Frage 2. Hier ausgewählt Antwortkategorie „Werde vielleicht mitmachen, werde bestimmt aktiv mitmachen, mache bereits mit.“ (9) „In den letzten Wo-

chen hat es ja einige Aktivitäten seitens der Friedensbewegung gegeben, mit denen auf Probleme der Kriegsgefahr und Abrüstungsverhandlungen aufmerksam gemacht werden sollte. Auf der folgenden Liste sind einige dieser Aktivitäten aufgeführt. Nennen Sie mir bitte diejenigen, an denen Sie schon einmal teilgenommen haben.“ [Die Liste umfaßt Unterschriftensammlungen, Demonstrationen, Friedensmarsch, Plaketten/Aufkleber, sonstige Nennungen.]

Umfragebeschreibung/Quelle: Die Umfragen sind jeweils repräsentativ für die Bevölkerung der Bundesrepublik (1) ab 18 Jahre, jeweils N = 1500, Erhebung im Aug./Sept., SINUS-Institut. SINUS: Sicherheitspolitik, Bündnispolitik und Friedensbewegung, München 1983, S. 71. (2) 1981 ab 18 Jahre, Sept./Okt., N = 2150; 1983 ab 14 Jahre, Juli/Aug., N = ca. 1000, EMNID-Institut. Quelle: J. Leinemann: Die Angst der Deutschen, Reinbek bei Hamburg 1982, S. 165; EMNID: Aktueller Politischer Dienst, Juli 1983, S. 101. (3) ab 18 Jahre, Okt. 1981, N = 1001; Mai 1982, N = 1048; Nov. 1982, N = 1617; März 1983, N = 1011; Mai 1983, N = 1015. Die Werte für 1982 und 1983 in der Tabelle sind jeweils gemittelte Werte. MARPLAN-Institut für Forschungsgruppe Wahlen e.V. Quelle: M. Küchler: Die Friedensbewegung in der BRD, in: J.W. Falter, C. Fenner und M.Th. Greven (Hrsg.): Politische Willensbildung und Interessenvermittlung, Opladen 1984, S. 329. (4) ab 16 Jahre, Nov. 1982, N = ?; Sept./Okt. 1983, N = 2033, Institut für Demoskopie. Quelle: DER STERN Nr. 43 vom 20.10.1983, S. 71. (5) Wie (1), (6 und 7) ab 18 Jahre, Juli/Aug., N = ca. 2000, EMNID-Institut. Quelle: Unveröffentlichte Umfragen für das Bundesministerium der Verteidigung. (8) wie (2). (9) wie (6/7).

30 % und 1983 bereits 44 % (65 % von ihnen würden gar an entsprechenden Aktionen teilnehmen).²⁷ Daß derart viele Bundesbürger zum Protest bereit sind und in manchen Altersgruppen bereits fast die Hälfte zu Aktionen der Friedensbewegung mobilisiert wurde, ist beachtlich. Der Befund signalisiert, daß unter entsprechenden Bedingungen nicht nur auf der Einstellungs-, sondern auch auf der Verhaltensebene auf ein außerordentlich breites Anti-Nachrüstungspotential zurückgegriffen werden kann.

Setzt man die Zahlen für die *Teilnahmebereitschaft* an Aktionen mit der vollzogenen Teilnahme in Beziehung (Frage 7 u. 9 in der Tab. 4), so kann man die realisierte Ausschöpfung des hier gemessenen Aktionspotentials über Zeit erfassen. Man kommt dann für die Gesamtbevölkerung 1981 auf eine Ausschöpfung von 30 %, 1982 von 36 % und 1983 – noch vor den Herbstaktionen – auf 46 %. Bei den 16- bis 24jährigen steigt die Quote von 29 % auf 41 % und erreicht schließlich 68 % im Jahre 1983. Die Ausweitung des Protests scheint mithin sowohl auf eine Ausweitung des Handlungspotentials als auch dessen besserer Ausschöpfung zurückzuführen zu sein. Von einer vollständigen Ausschöpfung des Aktionspotentials ist man nach wie vor entfernt; weitere Steigerungen scheinen unter entsprechenden Rahmenbedingungen sehr wohl möglich.²⁸

4. Nachrüstungsgegnerschaft und Nato-Akzeptanz

Die Mehrheit der Bevölkerung wendet sich gegen die Nachrüstung und damit gegen einen Beschluß der Nato. Was bedeutet das für die psychologische Stützung des Bündnisses? Ist die Ausformung der Nachrüstungsopposition Symptom für eine sich ausweitende Rebellion wider die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zum westlichen Bündnis? Werden die bisher geltenden sicherheitspolitischen Grundpositionen – wie manche Autoren apodiktisch meinen – nicht mehr geteilt? Das Bild, das die Umfragen entwerfen, spricht gegen diese Vermutung: Die Nato wird unter den Bürgern mehrheitlich akzeptiert. Sie wird als notwendig für den Erhalt der westlichen Freiheit begriffen, die Einbindung der Bundesrepublik bejaht und durchweg mit positiven Assoziationen besetzt. Das Ausmaß der Zustimmung variiert dabei freilich je nach verwendeten Indikatoren. Man kann – ähnlich wie bei der Einstellung zur Nachrüstung oder zur Friedensbewegung – in Stufen unterschiedlicher Intensität unterscheiden: Wo Befragte zu einer Abgabe einer Meinung gedrängt werden und Meinungslosigkeit auf Werte unter 5 % herabgedrückt wird, sind es Akzeptanzwerte um 80 % bis 90 %. Wo Meinungslosigkeit und Ambivalenz als Möglichkeit stärker eingeräumt werden, liegt die Akzeptanz niedriger. Gefragt, ob es für die Bundeswehr wichtig sei, Mitglied der Nato zu sein, meinten z.B. im Herbst 1983 73 % „wichtig“, 11 % „wenig wichtig, und 16 % machten dazu keine Angabe. Und wo die Vor- und Nachteile der Nato für die Bundesrepublik bewertet werden, fallen z. T. Akzeptanzwerte um 50 % an (vgl. Tab. 5).

Variiert auch der Anteil der Nato-Befürworter in Abhängigkeit von der Art und Weise, in der im Interview mit dem Problem der Meinungslosigkeit umgegangen wird, so ist doch der Anteil der Nato-Gegner weniger davon beeinflusst. Das zeigt sich auch anhand anderer Indikatoren zum Bündnis, etwa bei Fragen zur Stationierung amerikanischer Truppen. Offenbar geht die interviewtechnisch bedingte Reduktion der Meinungslosigkeit primär zugunsten der Nato-Befürworter aus: ambivalente Befragte schließen sich verbal eher der offiziellen regierungstreuen Sicht an. Umfragen, in denen Meinungslosigkeit künstlich auf wenige Prozentpunkte reduziert ist, unterschätzen damit die Ambivalenz und überschätzen das Ausmaß positiv dezidierter Bindung.²⁹

Die Situation geringer Nato-Gegnerschaft ändert sich ein wenig, sobald explizit eine neutrale Bundesrepublik als akzeptable Alternative erwähnt wird: Die Werte für neutrale Optionen fallen dann höher aus als es die Zahlen über Nato-Gegnerschaft nahelegen. Wird die militärische Einbindung angesprochen und als Beispiel für ein neutrales Land Österreich oder die Schweiz zitiert oder die außenpolitische und die militärische Komponente in der Frageformulierung vermischt, so kommt man für eine neutrale Position auf Werte bis zu einem Drittel. Spricht man *ohne* Bezug zur militä-

rischen Einbindung lediglich von einer Politik der Neutralität zwischen den Blöcken, so belaufen sich die Werte bis auf über 50 %. Die Neutralität wird im letzteren Falle offenbar als außenpolitische Mittlerposition, nicht notwendigerweise als eine militärische, verstanden. Anscheinend bevorzugt ein großer Teil der Bundesbürger eine Situation, in der eine neutrale Position im Weltgeschehen mit einem militärischen Schutz durch verbündete Streitkräfte kombiniert wird.³⁰ „

Daß sich hinter einer hohen Bejahung der Nato ein nennenswerter Anteil von Personen verbirgt, der eine reservierte Haltung gegenüber der traditionellen Sicherheitspolitik einnimmt, spricht für eine gewisse Ambivalenz in den sicherheitspolitischen Einstellungen. Und Untersuchungen zur Abschreckungsdoktrin scheinen dies auch auf der Ebene sicherheitspolitischer Strategien zu bestätigen: Abschreckung wird als Prinzip mehrheitlich bejaht. Werden die gängigen Strategien der Nato jedoch konkreter spezifiziert, so schwindet der Anteil der Unterstützer. Die Zustimmung zur Sicherheitspolitik scheint eher oberflächlicher Art. Es gibt eine gewisse Lücke zwischen „fiktiver“ und „faktiver“ Legitimität. Ereignisse wie der Nato-Nachrüstungsbeschuß könnten, so etwa W.R. Vogt, eine Katalysatorfunktion einnehmen, die langfristig zu einer Delegitimierung des traditionellen Sicherheitsdenkens führt.³¹

Die Tatsache, daß sich in der Bevölkerung eine Mehrheit gegen eine Nachrüstung ausspricht, gleichzeitig aber eine Mehrheit die Nato akzeptiert, gilt für viele als ein logischer Widerspruch: der Nato-Doppelbeschuß ist Bestandteil einer Nato-Entscheidung. Er ist eng mit dem Nato-Mitglied USA verbunden, das für den Westen verhandelt und die Mittelstreckenraketen aufstellen wird. Aus dieser Sicht wird - zumal unter Nachrüstungsbeifürwortern - Nachrüstungsgegnerschaft nicht selten als Neutralismustendenz und Anti-amerikanismus gedeutet. Mit ihrer Meinung zum Nato-Doppelbeschuß vergrößere die SPD nur ihre Kluft zwischen Partei und Wählern, so z.B. Noelle-Neumann: „Wer die Pflichten des Bündnisses nicht übernehmen will, müßte ja normalerweise die Konsequenzen ziehen und aus der Nato austreten“. Ähnliche Gleichsetzungen kommen gelegentlich auch aus Kreisen der Nachrüstungsgegner: Als Willy Brandt bei seinem Auftritt bei der Bonner Friedensdemonstration im Oktober 1983 sich gegen die Nachrüstung, aber auch für die Bundeswehr und die Nato aussprach, handelte er sich von seiten Petra Kelly von den „Grünen“ den heftigen Vorwurf ein, nicht gegen die Nachrüstung ohne „Wenn und Aber“ plädiert zu haben.³²

Welche Ansichten als logische Einheit gelten, ist nun freilich oft weniger eine Sache der Logik als der kultureller Selbstverständlichkeiten. Wie Ph. Converse gezeigt hat, ist es eine Frage der Zuschreibung, die - unter dem Einfluß entsprechender Ereignisse und Anschauungen - getrennte Sachverhalte in einen Bezug zueinander setzt. Bestimmte historische Erfahrungen und Sozialisationsinhalte haben so bestimmte Weltanschauungen entstehen lassen, die in der Elite oder in Teileliten als in sich logisch begriffen werden.³³

Tabelle 5: Ausgewählte Indikatoren für die Einstellung zum westlichen Bündnis (in Prozent)

	Beurteilung		
	Positiv	Negativ	Keine Angabe
<i>Nato-Mitgliedschaft (1983)</i>			
Weiterhin Nato-Mitglied bleiben (1)	83	13	2*
Weiterhin Nato-Mitglied bleiben (2)	72	9	19
Wichtig, daß Bundeswehr der Nato angehört (3)	73	11	16
Sympathie für Nato (4)	65	17	18
Nato bringt Vorteile (5)**	53	13	35
<i>Bündnis vs. Neutralismus (1983)</i>			
Weiterhin dem westlichen Verteidigungsbündnis angehören (6)	64	32	4
Weiterhin mit USA militärisch/außenpolitisch verbunden bleiben (7)	49	34	17
<i>Amerikanische Truppenstationierung (1981)</i>			
Schutz für die BRD (8)	84	12	2
Gegen Abzug aus BRD (9)	80	19	1
Abzug aus Europa bedauerlich (10)	59	17	24

* Nicht aufgeführt: sonstige Angaben (= 2 %).

** Abweichend von den anderen Zahlen gelten diese für 1981. Weitere Indikatoren in Tabelle 8.

Frageformulierungen: (1) „Über die Frage des Bündnisses wird in der Bundesrepublik öfters diskutiert. Was meinen Sie dazu: Sollten wir der Nato auch weiterhin in unveränderter Form angehören? Sollten wir anstreben, einer mehr aufgelockerten oder aber einer mehr gefestigten Nato anzugehören? Halten Sie es für besser, aus der Nato auszuscheiden, oder was meinen Sie sonst?“ „Weiter“ und einer „gefestigten“ Nato angehören = positiv, „aus der Nato ausscheiden“ und „einer gelockerten Nato angehören“ = negativ. Sonstiges mit 2 % hier nicht mitaufgeführt. (2) Was finden Sie persönlich: „Sollte die Bundesrepublik weiterhin Mitglied der Nato bleiben oder sollte sie austreten?“ (3) „Würden Sie sagen, es ist wichtig, daß die Bundeswehr Mitglied der Nato ist, oder ist das nicht wichtig?“ (4) „Wie sympathisch sind Ihnen die folgenden Worte . . . Nato (westliches Verteidigungsbündnis)?“ (5) Bringt die Nato für uns Westdeutsche alles in allem mehr Vorteile oder mehr Nachteile – was meinen Sie?“ (6) „Die Bundesrepublik Deutschland bildet militärisch gesehen die Grenze zwischen den Machtblöcken Ost und West. Manche Leute vertreten nun die Auffassung, es wäre besser für uns, wenn wir neutral wären wie die Schweiz, anstatt dem westlichen Verteidigungsbündnis anzugehören. Was ist Ihre Meinung: Ist es für uns besser, wenn wir dem westlichen Verteidigungsbündnis angehören – oder wäre es besser, wenn wir neutral wären?“ (7) „Was wäre Ihrer Ansicht nach die bessere Außenpolitik? Sollten wir uns weiter fest mit den Amerikanern militärisch verbünden, oder sollten wir versuchen, ganz neutral zu sein?“

(8) „Empfinden Sie die alliierten Truppen, die sich gegenwärtig im Bundesgebiet befinden, vorwiegend als willkommenen Schutz – unvermeidliche Notwendigkeit – oder unerwünschte Belastung?“ [Schutz und unvermeidliche Notwendigkeit = positiv] (9) „Wären Sie alles in allem für einen Abzug bzw. Teilabzug der Amerikaner aus der Bundesrepublik, oder sind Sie dagegen, daß die Amerikaner abziehen?“ Abzug und Teilabzug = negativ (10) „Wenn Sie morgens in der Zeitung lesen, die Amerikaner ziehen ihre Truppen aus Europa zurück: würden Sie das begrüßen oder bedauern?“

Institut/Quelle: (1) EMNID. Unveröffentlichte Umfragen für das Bundesministerium der Verteidigung. (2) Institut für Demoskopie. G. Herdegen und E. Noelle-Neumann: Gute Freunde, schlechte Kritik, in: Die politische Meinung, 29, 1984, S. 12. (3 und 4) Institut für Demoskopie, Allensbacher Berichte, Nr. 14/1983. (5) Institut für Demoskopie: Pazifistische Strömungen in der Bundesrepublik. (Unveröffentlicht), Allensbach 1982, S. 47. (6) EMNID. EMNID Informationen, Nr. 11-12/1983. (7) Institut für Demoskopie. E. Noelle-Neumann und E.P. Piel (Hrsg.): Allensbacher Jahrbuch 1978-1983, München 1983, S. 622. (8) EMNID. EMNID Informationen, Nr. 11/1981. (9) EMNID. Unveröffentlichte Umfragen für das Bundesministerium der Verteidigung. (10) Institut für Demoskopie. Wie (6), S. 623. *Basis:* Repräsentative Bevölkerungsumfragen der Bundesrepublik Deutschland ab 14/16 Jahre. N zwischen 1.000 und 2.000. Erhebungsjahre sind jeweils in den einzelnen Rubriken möglichst konstant gehalten worden und entsprechend vermerkt.

Das gilt, genau genommen, auch für den Nato-Doppelbeschluß und dessen Bewertung. Der Beschluß stellt eine *spezifische*, militärisch-politische Maßnahme im Rahmen des Nato-Bündnisses dar. Wer Kritik daran mit Kritik an der Institution Nato gleichsetzt, sagt deshalb weniger etwas über die Realität als seinen eigenen Bezugsrahmen aus, aus dem heraus er die Realität versteht.

Nachrüstungsgegnerschaft und Nato-Feindschaft können - müssen aber nicht - in der Bevölkerung miteinander einhergehen. Dies kann sich indes ändern: in dem Maße, wie es im Rahmen entsprechender Etikettierungsprozesse gelingt, beides als zwei Kehrseiten der *gleichen* Medaille darzustellen, werden beide Aspekte assoziativ miteinander verknüpft. Und dies nicht nur bei den Befürwortern oder Gleichgültigen, sondern auch bei den Gegnern der Nachrüstung. Offizielle Deutungen der Nachrüstungsgegnerschaft als Nato Feindschaft könnten - als Abschreckung und zur Eindämmung der Friedensbewegung intendiert - so oft genau zum Gegenteil des Intendierten führen: Mögen auch einige Sympathisanten des Nachrüstungsgegners die Nato-Gegnerschaft nun als plausible, logische Konsequenz der eigenen Haltung. Damit würde eine eigene Dynamik in die Struktur der Einstellungen eingebracht und ein Veränderungsprozeß in Gang gebracht werden.³⁴

Wenn sich eine absolute Mehrheit gegen die Nachrüstung und eine absolute Mehrheit für die Nato ausspricht, muß es einen breiten Kreis von Bürgern geben, der gleichzeitig gegen die Stationierung von Raketen *und* für das westliche Bündnis plädiert. Wie groß dieser Anteil ist, ist auf den ersten Blick nicht zu erkennen: Mit gleichen Randverteilungen auf der Aggregatenebene sind unterschiedliche Muster auf der Individualebene vereinbar. Und

die Stärke des individuellen Zusammenhangs kann zudem - bei konstanten Aggregatverteilungen - über die Zeit variieren.³⁵ Wir wollen der Frage nach dem Zusammenhang anhand zweier unterschiedlich gearteter Indikatoren nachgehen - einem Indikator, der die Akzeptanz der Nato extensiv, und einem, der sie - im Hinblick auf mögliche Neutralität - eher restriktiv faßt. Wie man Tabelle 6 entnehmen kann, sinkt im Herbst 1983, der Zeit vor Stationierungsbeginn, nach beiden Indikatoren die Akzeptanz des westlichen Bündnisses mit Ablehnung der Nachrüstung. Dafür sind im wesentlichen zwei unterschiedliche Gründe verantwortlich: zum einen die Neigung von Neutralisten und Nato-Gegnern, sich gegen die Stationierung neuer Raketen auszusprechen. Dies entspricht einer mehr oder minder konsequenten Haltung, die aus der eigenen Sichtweise erwächst. Hinzu kommt die Neigung einiger Nachrüstungsgegner, das Nato-Bündnis in Frage zu stellen.

Tabelle 6: Einstellung zur Nato und zur Neutralität nach Einstellung zur Nachrüstung (in Prozent)

	Dagegen	Einstellung zur Nachrüstung		
		Unent- schieden	Dafür	Insgesamt
<i>Nato-Notwendigkeit¹</i>				
Notwendig	86	(71)	97	89
Nicht notwendig	13	(7)	3	10
Keine Angabe	1	(21)	—	1
<i>Neutralismus²</i>				
Westlichem Bündnis angehören	54	63	87	64
Neutral	44	27	11	32
Keine Angabe	3	10	3	4
(N =) (1)	(726)	(13)	(276)	(1015)
(N =) (2)	(573)	(152)	(277)	(1002)

Frageformulierungen zur Messung der Nato/Neutralismus-Orientierung: (1) „Die Nato ist ja das westliche Verteidigungsbündnis. Glauben Sie, daß für die Erhaltung des Friedens in Europa die Nato notwendig ist, oder glauben Sie, daß der Frieden in Europa auch ohne die Nato gesichert werden kann?“ (2) „Die Bundesrepublik Deutschland bildet militärisch die Grenze zwischen den Machtblöcken Ost und West. Manche Leute vertreten nun die Auffassung, es wäre wegen dieser Grenzlage besser für uns, wenn wir neutral wären wie die Schweiz, anstatt dem westlichen Verteidigungsbündnis anzugehören. Was ist Ihre Meinung: Ist es für uns besser, wenn wir dem westlichen Verteidigungsbündnis angehören — oder wäre es besser, wenn wir neutral wären?“

Frageformulierungen zur Messung der Nachrüstungseggenschaft: (1) „In Genf führen die Sowjetunion und die USA derzeit Abrüstungsverhandlungen über Mittelstreckenraketen. Wenn diese Verhandlungen bis zum Herbst zu keiner Einigung führen, was sollte dann geschehen?“ A: Weiter über Abrüstung verhandeln und keine neuen Raketen in der Bundesrepublik aufstellen. B: Weiter über Abrüstung verhandeln, aber gleichzeitig neue Raketen in der Bundesrepublik aufstellen. C: Abrüstungsverhandlungen abbrechen und neue Raketen in der Bundesrepublik aufstellen. [Die Antwortkategorien B und C sind in der Rubrik „Dafür“ zusammengefasst. Die Befragten ohne Angabe sind in der Kategorie „Unentschieden“ aufgeführt. Genaugenommen handelt es sich – im Gegensatz zur anderen Umfrage – um eine Residualkategorie, die lediglich hartnäckige Verweigerer und fehlende Angaben enthält. Sie ist nur bedingt aussagekräftig und deshalb eingeklammert.] (2) „Wie Sie vielleicht gehört haben, finden seit längerer Zeit in Genf Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion über Abrüstung statt. Wenn diese Verhandlungen erfolglos bleiben, sollen demnächst auch bei uns in der Bundesrepublik neue Atomraketen aufgestellt werden. Sind Sie für oder gegen die Aufstellung dieser neuen Raketen?“ [An Befragte, die sich gleichgültig oder unentschlossen gaben, wurde in einem weiteren Schritt mit einer Nachfrage nachgehakt und die so erfassten Befürworter und Gegner der Gesamtzahl zugerechnet.] „Nehmen wir einmal an, Sie müssten sich entscheiden: Sind Sie dann insgesamt eher für oder sind Sie eher gegen die Aufstellung neuer Raketen?“

Umfragebeschreibung/Quelle: (1) Bevölkerung der Bundesrepublik ab 18 Jahre. MARPLAN, Mai 1983, N = 1015, Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Politbarometer Mai 1983. Die Angaben wurden aus den freundlicherweise zur Verfügung gestellten Tabellen errechnet. (2) Bevölkerung der Bundesrepublik ab 14 Jahre. EMNID Institut Nov./Dez. 1983, N = rund 1000. Erhebung des Verfassers in Kooperation mit EMNID.

Unter den Nachrüstungseggern ist es bislang bemerkenswerterweise eine Minderheit, die so denkt. Eine absolute Mehrheit spricht sich für Nato und wider einen neutralen Status der Bundesrepublik aus. Wählt man statt der Einstellung zur Nachrüstung die Identifikation mit der Friedensbewegung - die Personen, die sich als Teil der Bewegung begreifen - kommt man auf eine globale Akzeptanz der Nato um 53 % (Tabelle 7). Lediglich dann, wenn statt nach der Nato nach möglicher Neutralität gefragt wird, scheint - nach einer etwas älteren Untersuchung - der Kreis der Neutralisten unter den aktionsbereiten Anhängern der Friedensbewegung zu überwiegen. Unter den Sympathisanten sind sie die Minderheit. Das Neutralismuspotential ist dabei in sich nicht homogen und konsistent auf eine Lösung aus dem militärischen Bündnis ausgerichtet. Die Sympathie für Nato und die Stationierung amerikanischer Truppen auf deutschem Boden ist in gewissem Ausmaß sehr wohl noch vorhanden.³⁶

Man hat Nachrüstungseggenschaft mit Nato-Feindschaft gleichgesetzt, und aus einer ähnlichen Logik heraus hat man Nachrüstungseggenschaft oft als eine Abkehr von der Abschreckungsdoktrin begriffen. In der Tat gibt es innerhalb der Friedensbewegung Stimmen, die auf eine Abwendung von der traditionellen Abschreckungsdoktrin drängen. Ob diese für die Nachrüstungseggner und Befürworter der Friedensbewegung repräsentativ sind, ist fraglich. Nimmt man die Wahrnehmung des militärischen Kräftegleichgewichts als Maßstab, so sprechen die empirischen Befunde eher für Beibehal-

tung als Aufkündigung der Abschreckungsdoktrin: Während unter den Gegnern der Bewegung der Osten als militärisch überlegen angesehen und aus diesem Grunde die Nachrüstung favorisiert wird, verneinen die Anhänger der Friedensbewegung eher ein Gleichgewicht zu erkennen. Vor dem Hintergrund eines unterstellten Überlegenheitsstrebens der Amerikaner erscheint ihnen das Gleichgewicht gefährdet.³⁷ Nicht die Aufkündigung der Abschreckungsdoktrin, sondern eine andere Deutung des Machtgleichgewichts scheint der wesentliche Schlüssel zum Verständnis der unterschiedlichen Reaktion zu sein.

Tabelle 7: Einstellung zur NATO nach Einstellung zur Friedensbewegung (in Prozent)

Mitgliedschaft in der NATO ist:	Einstellung zur Friedensbewegung				Insgesamt
	Selbst ein Teil	Sympathie	Wenig Verständnis	Ablehnung	
Gut	53	78	82	86	78
Nicht gut	36	9	5	3	10
Gleichgültig	9	11	13	9	11
Weiß nicht/keine Angabe	2	1	1	2	1
	100	100	100	100	100

Frageformulierungen: Zur Nato: „Finden Sie es gut, daß die Bundesrepublik Mitglied der NATO ist, oder finden Sie es nicht gut oder ist es Ihnen gleichgültig?“ Zur Friedensbewegung: „Seit einiger Zeit gibt es in der Bundesrepublik eine Friedensbewegung. Was denken Sie ganz persönlich über diese Friedensbewegung? Auf dieser Liste stehen einige Ansichten. Welcher dieser Ansichten stimmen Sie am ehesten zu? – Ich fühle mich selbst als einen Teil der Friedensbewegung/Ich habe Sympathie für die Friedensbewegung/Ich habe eigentlich wenig Verständnis für die Friedensbewegung/Ich persönlich lehne die Friedensbewegung ab“.

Umfragebeschreibung/Quelle: Bevölkerung der Bundesrepublik ab 18 Jahre. SINUS-Institut, Aug./Sept. 1983, N = rd. 1.500 Befragte. SINUS, Sicherheitspolitik, Bündnispolitik und Friedensbewegung, München 1983, S. 41, 86. Die Frageformulierungen, im Bericht selbst nicht abgedruckt, sind dem Fragebogen entnommen.

Im Herbst 1983 plädiert eine Mehrheit der Bevölkerung gegen die Nachrüstung *und* gleichzeitig für die Nato. Damit ist ein Dilemma gegeben, das sich langfristig sowohl zugunsten der Nato als auch zu deren Ungunsten auswirken kann. Welche Entscheidung ist wahrscheinlicher? Wo legt die Bevölkerung die Prioritäten, müßte sie - fiktiv - zwischen Raketenstationierung und Nato-Mitgliedschaft wählen? Nur noch 46 % der Bevölkerung wären nach einer Umfrage vom August 1983 unter diesen Umständen für weitere

Nato-Zugehörigkeit, 32 % wüßten es nicht und geben sich unentschieden, 22 % wären für einen Nato-Austritt.³⁸ Gegenüber den Umfragen, in denen Meinungslosigkeit in gleicher Weise zugelassen ist und lediglich die Nato-Akzeptanz erfragt wird (vgl. Tab. 5), signalisiert dies ein Abbröckeln des sicherheitspolitischen Konsens, ausgelöst vom Nato-Doppelbeschluß. Immerhin hatten im gleichen Zeitraum 73 % der Bundesbürger gemeint, es sei wichtig, daß die Bundeswehr der Nato angehöre, 11 % verneinten dies. Auch wenn sich eine große Mehrheit der Bevölkerung zur Nato bekannt, scheint doch die Identifikation keineswegs so bedingungslos, daß jegliche Entscheidung hingenommen würde, jegliche Neubewertung der Nato ausgeschlossen wäre. Vor allem die dezidierten Nachrüstungsgegner dürften die Bindung an die Nato im Gefolge der Stationierung lockern. Und dieser Kreis ist, wie wir eingangs gezeigt haben, numerisch durchaus nennenswert.

5. Konstanz und Wandel in der Bewertung von Nato und Bundeswehr

Das Aufkommen des Nachrüstungsprotests ist in der öffentlichen Diskussion als eine Krise des sicherheitspolitischen Grundkonsens verstanden worden. Dabei besteht die Krisenhaftigkeit nicht etwa so sehr darin, daß eine zentrale Entscheidung der Nato in Frage gestellt wird. Vielmehr wird Nachrüstungsgegnerschaft mit der allgemeinen Nato-Akzeptanz in Zusammenhang gebracht und tiefgreifende Verschiebungen des sicherheitspolitischen Denkens postuliert. Die Art des kausalen Nexus variiert je nach Autor. Für die einen ist der Nachrüstungsprotest Folge einer sich bereits früher vollzogenen Veränderung des sicherheitspolitischen Denkens und bloßes Symptom, für andere ist es dagegen die Ursache, die direkt auf die sicherheitspolitischen Orientierungen einwirkt und einen Wandel bedingt. Für wieder andere ist der Einfluß eher indirekt. Die Nachrüstungskontroverse wird als Katalysator verstanden: angesichts der oberflächlichen und in sich ambivalenten Zustimmung zur traditionellen Sicherheitspolitik wären die Einstellungen weniger stabil und würden schnell einem Prozeß der Delegitimierung weichen.

Vertreter der These längerfristiger Verschiebungen sind vor allem unter den Generationstheoretikern zu finden - Autoren, die mit dem Generationswechsel grundlegende Veränderungen in den Wertorientierungen einhergehen sehen. Nach ihnen handelt es sich hierbei um einen Prozeß, der durch Generationssukzession die Gesellschaft langfristig verändert. Hierzu gehört u.a. Ronald Inglehart, der einen Wandel zum Postmaterialismus postuliert und daraus Implikationen für die Sicherheitspolitik erwachsen sieht. Andere Autoren, wie Werner Kaltefleiter, erachten die Entwicklung als mittelfristig

und letztlich reversibel: die Zeit der Entspannung in den 70er Jahren hätte das Gefühl östlicher Bedrohung gemindert und *allgemein* in der Bevölkerung (vor allem aber bei den Jüngeren) die Stützung des Bündnisses geschwächt. Änderungen im außenpolitischen Klima sind potentiell in der Lage, diesem Trend Einhalt zu gebieten.³⁹

Weder für die These generationsbedingter Einbrüche im sicherheitspolitischen Denken noch für die These, die Entspannungsperiode hätte das Denken weitgehend umstrukturiert, gibt es bislang hinreichend Belege. Die empirischen Befunde deuten eher auf Gemeinsamkeiten zwischen den Generationen als nennenswerte Unterschiede. Zwar wird gewöhnlich mit sinkendem Alter gegenüber Bundeswehr, Nato und dem Prinzip der Abschreckung eine etwas kritischere Haltung eingenommen als in der älteren Generation. Und dieses Muster scheint in der Orientierung gegenüber der Nato im internationalen Vergleich überproportional groß. Dennoch ist die Beziehung keineswegs derart stark, daß man innerhalb kurzer Zeit eine grundlegende Erosion der Sicherheitsorientierungen erwarten dürfte, welche die Bundesbürger in der westlichen Allianz gar zum Vorreiter eines neuen Neutralismus werden lassen.⁴⁰ International gesehen sind die Bundesbürger geradezu die Musterknaben im atlantischen Bündnis - in keinem anderen Land wird die Nato, die Zustimmung zu den USA derart weit verbreitet wie hier.⁴¹ Und diese Tendenz hat Tradition: Paradoxe Weise erfuhren die USA in den ehemaligen Feindesländern - Deutschland und Italien - selbst in den 50er Jahren eine weitaus positivere Beurteilung als unter den ehemaligen Bündnispartnern des 2. Weltkrieges.⁴² Wenn sich heute in der Haltung zur westlichen Allianz unter den Deutschen größere Generationsunterschiede auftun im Vergleich zu anderen Ländern und die Jüngeren eine kritischere Haltung einnehmen, dann ist dies - so Stephan F. Szabo - lediglich eine Art „Normalisierung“. Bemerkenswerterweise sind die Generationsunterschiede in jenem Land am geringsten, in dem - wie bei Frankreich der Fall - die Amerikaner in der Bewertung relativ schlecht abschneiden, es traditionell keine Idealisierung der USA gibt, man die eigene Unabhängigkeit gerade in der Bündnisorientierung stets betonte.⁴³

Offen ist auch die Gültigkeit der These, derzufolge die Akzeptanz des Nato-Bündnisses sich in der Zeit der Entspannungsperiode und neuen Ostpolitik verringert hat. Steigende Zahlen für Kriegsdienstverweigerung sind ein zu schwacher Beleg dafür. Sie signalisieren womöglich nur, daß sich das *Potential* bundeswehrunwilliger Jugendlicher im Laufe der Zeit verstärkt in Handeln umsetzte. Welche Einstellungen gegenüber der Nato eingenommen werden, kann man nur durch Umfragedaten klären. Werner Kaltefleiter, der dies tut, meint, aus ihnen Hinweise für sinkende Nato-Akzeptanz ableiten zu können. Für ihn ist das sinkende Gefühl östlicher Bedrohung in den 70er Jahren ein Zeichen für psychologische Schwächung der Allianz. Doch ganz abgesehen von der Fragwürdigkeit, die Stärke der Nato auf eine Freund-Feind-Polarisierung zu gründen - die Indikatorenqualität

dieser Frage ist unzureichend geprüft und der kausale Zusammenhang zur Nato-Akzeptanz empirisch ungeklärt. Wo Kaltefleiter auf Daten zurückgreift, die direkt die Bündnisorientierung messen und sich steigende Neutralismusneigung andeutet, ist die empirische Basis gar brüchig: in der von ihm publizierten Tabelle wird die Zeitreihe inkomplett wiedergegeben, in einem Falle eine falsche Zahl abgedruckt.⁴⁴ In dieser Kombination von Unvollständigkeit und Fehlerhaftigkeit entsteht ein Eindruck, der mit dem tatsächlichen Geschehen wenig gemein hat.

Welche Einstellung tatsächlich gegenüber der Nato als Bündnis eingenommen wird, zeigt sich in den Zeitreihen der Tabellen 8 und 9. Sie basieren auf Umfragen verschiedener Institute mit unterschiedlichen Indikatoren und unterschiedlichem Umgang mit dem Problem der Meinungslosigkeit. Einige Institute lassen durchgängig Meinungslosigkeit zu, Andere wechseln z.T. ihre Strategie. Das muß bei der Interpretation der Befunde mitbedacht werden.⁴⁵ So wird z.B. in der Frage 3 der Tabelle 8 ab 1979 das Ausmaß an Meinungslosigkeit gesenkt. Dies führt zu einer Aufwertung der offiziellen, zugleich von der Mehrheit der Bundesbürger mitgetragenen Position. Die Zahl der Nato-Gegner wird davon praktisch nicht berührt. Für den Vergleich impliziert das; man kann die Werte für *Zustimmung* nur innerhalb der Perioden stringent miteinander vergleichen, in denen in gleicher Weise mit Meinungslosigkeit umgegangen wird. Vergleiche über diese Perioden hinweg sind wenig sinnvoll. Die Angaben zur *Ablehnung* scheinen dafür eher geeignet.

Die Befunde, ermittelt mit verschiedenen Indikatoren und in Erhebungen unterschiedlicher Institute, zeigen ein ziemlich übereinstimmendes Bild im Hinblick auf die *Entwicklung* der Nato-Akzeptanz. Es steht im Gegensatz zu dem der Theoretiker längerfristigen Wandels: Von einem kontinuierlichen Abwärtstrend ist ebensowenig zu erkennen wie von einer Schwächung im Gefolge der Entspannungsperiode. Vielmehr steigt die Akzeptanz im Laufe der Zeit an und erreicht in den 70er Jahren ihren Höhepunkt. Daß die Nato mehr Vor- als Nachteile brächte, meinten 1955 lediglich 20 %, 1971 47 % und 1981 51 % der Bundesbürger (vgl. Tab. 8:1). Einen Abzug amerikanischer Truppen aus Europa hätten 1956 lediglich 22 % bedauert, 1979 aber 60 % (vgl. Tab. 9:5). Angesichts dieses Aufwärtstrends ist der Einbruch zu Beginn der 80er Jahre um so auffälliger: nach den meisten verfügbaren Indikatoren sinkt die Stützung des Nato-Bündnisses ab. Es ist die Zeit, die auf die Verkündung des Nato-Doppelbeschlusses und die einsetzende Nachrüstungskontroverse folgt. Der Wandel verläuft dabei durchaus nicht dramatisch - er beträgt häufig nicht mehr als einige wenige Prozentpunkte. Doch er ist ziemlich konsistent über die Indikatoren hinweg ausgeprägt. So wächst die Zahl derer, die aus der Nato ausscheiden oder einer aufgelockerten Nato angehören wollten, zwischen 1979/1980 und 1984 um rund 8 Prozentpunkte (vgl. Tab. 8:3), die Zahl derer, welche einen Abzug amerikanischer Truppen begrüßen würden, in der gleichen Zeit um rund 9-12 Prozentpunkte (vgl. Tab. 9:5). Die Werte nähern sich denen der 70er

Tabelle 8: Einstellung zur Nato (in Prozent)

	1955	56	59	61	63	65	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84
(1) Nato bringt																							
Mehr Vorteile	20	29	35	..	33	..	..	..	..	47	..	..	..	..	..	..	..	48	..	53	..	..	..
Mehr Nachteile	8	11	5	..	5	..	..	..	..	9	..	..	..	..	..	..	..	7	..	13	..	..	..
Unentschieden	12	28	17	..	12	..	..	..	..	28	..	..	..	..	..	..	..	32	..	35	..	..	..
Nato-Unkenntnis	60	32	43	..	50	..	..	..	..	15	..	..	..	..	..	..	..	13	..	*	..	..	..
(2) Weiterhin Mitgl.	..	..	..	..	..	..	..	79	..	71	..	..	..	..	..	..	..	78	..	78	..	72	..
Austreten	..	..	..	..	..	..	..	4	..	5	..	..	..	..	..	..	..	2	..	6	..	9	..
Unentschieden/	..	..	..	..	..	..	..	17	..	24	..	..	..	..	..	..	..	20	..	16	..	19	..
Nato/Unkenntnis																							
(3) Der Nato an-																							
gehören	..	..	..	..	..	..	79	79	66	85	77	77	77	77	73	80	89	89	91	86	84	83	83
Einer mehr aufge-																							
lockerten Nato	..	..	..	..	..	..	3	4	11	4	5	4	2	4	3	3	4	3	4	6	7	5	8
Aus der Nato aus-																							
scheiden	..	..	..	..	..	..	3	3	3	5	2	3	2	2	2	2	2	2	1	5	6	8	5
Sonstiges	..	..	..	..	..	..	..	1	1	..	1	..	..	..	..	..	1	1	..	2	1	2	4
Keine Angabe	..	..	..	..	..	..	15	14	19	7	16	16	19	17	21	15	4	5	4	1	2	2	1
(4) Militärisch mit																							
USA verbunden	..	..	..	40	..	46	..	44	..	..	..	41	51	49	..	..	57	..	54	52	..	49	..
Neutral	..	..	..	42	..	37	..	38	..	..	..	42	38	36	..	..	27	..	27	32	..	34	..
Unentschieden	..	..	..	18	..	17	..	18	..	..	..	17	11	15	..	..	16	..	19	16	..	17	..

* Kategorie nicht erhoben

Frageformulierungen: (1) „Bringt die Nato für uns Westdeutsche alles in allem mehr Vorteile oder mehr Nachteile – was meinen Sie?“ (2) „Sollte die Bundesrepublik weiterhin Mitglied der Nato bleiben oder sollte sie austreten?“ (3) „Über die Frage des Bündnisses wird in der Bundesrepublik öfters debattiert. Was meinen Sie dazu: Sollten wir der Nato auch weiterhin in unveränderter Form angehören? Sollten wir anstreben, einer mehr aufgelockerten oder aber einer mehr gefestigten [vor 1970: „modernisierten“] Nato anzugehören? Halten Sie es für besser, aus der Nato auszuscheiden, oder was meinen Sie sonst?“ [In der Tabelle haben wir: der Nato in „unveränderter“ und in „gefestigter“ Form angehören, zusammengefaßt.] (4) „Was wäre Ihrer Ansicht nach die bessere Außenpolitik: Sollten wir uns weiter fest mit den Amerikanern militärisch verbinden, oder sollten wir versuchen, ganz neutral zu sein?“ [Zusatz 1961 und 1969: „... wie zum Beispiel die Schweiz“]

Umfragebeschreibung: Die Umfragen sind jeweils repräsentativ für die Bevölkerung der Bundesrepublik ab 16 Jahre, N zwischen 1.000 und 2.000 Befragte.

Institut/Quelle: (1) Institut für Demoskopie. B. Meyer: Der Bürger und seine Sicherheit, Frankfurt 1983, S. 216; E.P. Neumann: Die Deutschen und die Nato, Allensbach 1969, S. 15; Institut für Demoskopie: Pazifistische Strömungen in der Bundesrepublik, Allensbach 1982, S. 47. Die Werte für 1955 und 1981 sind gemittelt. (2) Institut für Demoskopie. B. Meyer, a.a.O., S. 221; G. Herdeggen und E. Noelle-Neumann: Gute Freunde, schlechte Kritik, in: Die politische Meinung, 29, Nr. 121, 1984, S. 12. (3) EMNID Institut, Unveröffentlichte Umfragen für das Bundesministerium der Verteidigung. (4) Institut für Demoskopie. E. Noelle-Neumann und E.P. Piel: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978-1983, München 1983, S. 622; B. Meyer, a.a.O., S. 217. Die Werte für 1981 sind gemittelt.

Tabelle 9: Einstellung zur Stationierung amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik (in Prozent)

	1952	56	57	58	59	60	62	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	
(1) Willkommener																								
Schutz	14	18	17	21	24	25	..	..	..	..	..	..	30	..	..	36	..	..	..	44	..	..	..	
Unvermeidliche																								
Notwendigkeit	34	45	45	46	52	53	..	..	..	..	..	..	48	..	..	47	..	..	..	42	..	..	..	
Unerwünschte																								
Belastung	33	32	32	28	20	17	..	..	..	..	..	..	11	..	..	14	..	..	..	12	..	..	..	
Keine Angabe	19	6	6	5	4	7	..	..	..	..	..	..	11	..	..	3	..	..	..	2	..	..	..	
(2) Für BRD																								
Unverlässlich,	..	..	..	..	..	..	..	..	72	75	65	66	70	71	69	74	83	80	81	79	80	75	73	
wichtig,																								
Geringe Bedeutg.	..	..	..	..	..	..	..	..	11	14	15	14	12	13	11	9	9	12	11	11	8	11	15	
Unwichtig,																								
schädlich	..	..	..	..	..	..	..	..	7	7	8	9	5	6	6	7	5	6	5	8	11	12	11	
Keine Angabe	..	..	..	..	..	..	..	..	11	3	12	12	12	12	14	9	3	2	3	1	1	2	-	
(3) Friedenssicherung																								
Eher verbessert	..	..	..	..	..	..	..	..	48	79	57	59	61	64	61	68	87	84	84	82	81	78	80	
Eher gefährdet	..	..	..	..	..	..	..	..	7	12	7	8	6	6	7	6	7	9	11	13	15	13	17	
Keine Angabe	..	..	..	..	..	..	..	..	45	9	37	33	33	30	32	26	6	7	6	6	4	3	3	

(4) Anwesenheit nützt																									
Vor allem uns	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Allen beiden	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Vor allem den	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Amerikanern	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Niemandem	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Keine Angabe	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
(5) Abzug aus Europa																									
Bedauern	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Begrüßen	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Unentschieden	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
(6) Abzug aus BRD																									
Dagegen	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Dafür	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Keine Angabe	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..

Frageformulierungen: (1) „Empfinden Sie die alliierten Truppen, die sich gegenwärtig im Bundesgebiet befinden, vorwiegend als willkommenen Schutz – unvermeidliche Notwendigkeit – oder unerwünschte Belastung?“ (2) „Was meinen Sie: ist die Anwesenheit amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik für unsere Sicherheit unerlässlich, wichtig, von geringerer Bedeutung, unwichtig oder schädlich?“ (3) „Und wird dadurch, daß wir in der Bundesrepublik amerikanische Soldaten haben, die Sicherung des Friedens eher verbessert, oder wird der Frieden durch die Anwesenheit amerikanischer Soldaten eher gefährdet?“ (4) „Wem nützt die Anwesenheit amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik am meisten? Nützt sie...“ (5) „Wenn Sie morgen in der Zeitung lesen würden, die Amerikaner ziehen ihre Truppen aus Europa zurück: Würden Sie das begrüßen oder bedauern?“ (6) „Wären Sie alles in allem für einen Abzug bzw. Teilabzug der Amerikaner aus der Bundesrepublik oder sind Sie dagegen, daß die Amerikaner abziehen?“

Umfragebeschreibung: Die Umfragen sind jeweils repräsentativ für die Bevölkerung der Bundesrepublik ab 14 bzw. 16 Jahren, N zwischen 1.000 und 2.000 Befragte.
Institut/Quelle: (1) EMNID Institut, EMNID Informationen, Nr. 11/1981, S. 13. B. Meyer: Der Bürger und seine Sicherheit, Frankfurt 1983, S. 221 (Die Zahlen für 1956 und 1960 sind gemittelt). (2, 3, 4, 6) EMNID Institut, Unveröffentlichte Umfragen für das Bundesministerium der Verteidigung. (5) Institut für Demoskopie; B. Meyer, a.a.O., S. 222; E. Noelle-Neumann und E.P. Piel: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978-1983, München 1983, S. 623.

Jahre, z. T. sinken sie noch darunter. Daß der Nato-Doppelbeschluß an dieser Entwicklung den entscheidenden Anstoß gegeben hat, belegen nicht zuletzt international vergleichende Untersuchungen.⁴⁶ Ihnen zufolge kommt es vor allem in den Ländern zu einer Neuorientierung vis-à-vis dem atlantischen Bündnis, in denen eine Stationierung geplant ist. Der Dialog mit dem Osten wird einer exklusiven Zusammenarbeit mehr denn je vorgezogen. Hineingezogen in einen sich verschärfenden Konflikt zwischen den Großmächten betont man das Primat der Entspannungspolitik um so mehr.

Veränderungen im sicherheitspolitischen Denken haben auch das Abschreckungsprinzip nicht unberührt gelassen. Dessen globale Bejahung ist im Laufe der 70er Jahre zwar relativ konstant geblieben. Daß ein „Angriff aus dem Osten am besten durch Abschreckung verhindert wird, wenn der Westen selbst ausreichend gerüstet ist“, meinten 1976 58 % (ablehnen 23 %), im November 1982 55 % (ablehnend 25 %). Daß es bei der Abrüstung nur dann einen Fortschritt gibt, wenn eine Seite einmal damit anfängt, meinen im Gefolge der Nachrüstungsdiskussion jedoch immer mehr Menschen: im Juli 1981 33 %, im August 1983 46 %. Zunehmend gefordert wird ein flexibles Konzept der Rüstungsbegrenzung — ein Konzept, welches das Gleichgewichtsbedürfnis mit dem Bedürfnis nach Entspannung und Abrüstung verbindet.⁴⁷

Welche Konsequenzen hat diese Gesamtentwicklung für die Bundeswehr gebracht? Wird sie isoliert gesehen und von der Entwicklung nicht berührt oder wird sie in den Sog mit hineingezogen? Wie man Tabelle 10 entnehmen kann, ist der Verlauf der Bewertung dem der Nato nicht unähnlich. Die Zustimmung steigt seit den 60er Jahren langfristig an und sinkt ab 1980/81 wieder. Erschüttert wird nicht das in sie gesetzte Vertrauen qua Institution, sondern der Glaube an ihre Ungefährlichkeit. Man sieht offenbar eine neue Qualität in der Bundeswehr aus dem internationalen und militärpolitischen Kontext heraus erwachsen. Der Trend ist in der Bevölkerung als Ganzes wiederum schwach. Stärkere Verschiebungen in militärpolitisch wichtigen Untergruppen der Bevölkerung sind damit nicht ausgeschlossen. So machen die männlichen 16- bis 18jährigen Bundesbürger — die zukünftigen Rekruten der Bundeswehr — einen überproportional starken Wandel durch: Bis Anfang der 80er Jahre beläuft sich die Zahl der Befragten, welche die Bundeswehr als „sehr wichtig/wichtig“ bezeichnen, auf 82 % bis 85 %. Die Quote geht dann relativ schnell zurück und liegt 1984 rund 20 Prozentpunkte niedriger (vgl. Tab. 11). Hinter diesen Veränderungen steht eine generell reservierte Haltung gegenüber dem Militärischen. Der Aussage, ihnen würde bei dem Gedanken, „in einer Kaserne leben zu müssen, ganz flau“, stimmten z.B. 1980 30 % zu, 1982 bereits 40 % und im Sommer 1984 47 %. Daß es „für unsere Gesellschaft ganz gut“ wäre, „wenn soldatische Tugenden wie Disziplin und Gehorsam auch unter den Bürgern mehr verbreitet wäre“, meinten 1980 52 %, 1984 nur noch 34 %.⁴⁸

Tabelle 10: Einstellung zur Bundeswehr (in Prozent)

	1964	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84
(1) Gute Meinung	36	33	..	34	..	..	..	..	..	..	..	..	47	..	..	..	..
Teils, teils	26	31	..	28	..	..	..	..	..	..	..	..	27	..	..	..	..
Keine gute Meinung	22	24	..	28	..	..	..	..	..	..	..	..	16	..	..	..	..
Unentschieden	16	12	..	10	..	..	..	..	..	..	..	..	10	..	..	..	..
(2) Wichtigkeit																	
Sehr wichtig	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	22	25	34	..	..	..	..
Wichtig	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	52	45	45	..	..	..	..
Weder noch	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	18	14	11	..	..	..	..
Unwichtig	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	5	6	5	..	..	..	..
Sehr unwichtig	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	1	2	1	..	..	..	..
Weiß nicht, K.A.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	2	8	5	..	..	..	..
(3) Wichtigkeit																	
Sehr wichtig	..	18	16	14	14	13	12	22	23	..	22	18	..	..	..	..	..
Wichtig	..	45	52	48	52	44	46	52	56	..	60	57	..	..	..	..	..
Nicht so wichtig	..	18	16	17	21	20	26	14	9	..	14	15	..	..	..	..	..
Unwichtig	..	6	4	5	4	7	6	2	1	..	3	2	..	..	..	..	..
Überflüssig	..	4	5	5	4	6	7	2	1	..	2	2	..	..	..	..	..
Schädlich	..	1	1	1	1	1	—	1	—	..	—	—	..	..	..	..	..
Gefährlich	..	—	1	1	1	2	3	—	—	..	1	—	..	..	..	..	..
Keine Angabe	..	8	6	8	4	8	7	7	10	..	2	1	..	..	..	..	..

Tabelle 10: Einstellung zur Bundeswehr (in Prozent) - Fortsetzung

	1964	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84
(4) Indexwert	..	..	..	..	..	..	..	..	49	49	50	48	61	47	53	57	52
(5) Vertrauen	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	68	74	71	73	72
(6) Macht Frieden							69	72	70	74	89	90	90	88	85	85	87
sicherer	..	..	..	..	..	..	3	4	5	6	7	6	7	10	12	11	11
Gefahr	..	..	..	..	..	..	28	24	25	20	4	4	3	2	3	4	2
Keine Angabe	..	..	..	..	..	..											

Frageformulierung: (1) „Haben Sie im großen und ganzen eine gute Meinung oder keine gute Meinung über die Bundeswehr?“ (2) „Für wie wichtig halten Sie im Moment die Bundeswehr für unseren Staat?“ (3) „Halten Sie die Bundeswehr in der heutigen Zeit und bei der heutigen Weltlage für sehr wichtig, unwichtig, überflüssig, schädlich oder gefährlich?“ [Die Angaben für 1973 sind gemittelt.] (4) und (5) „Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen und Organisationen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder Einrichtung oder Organisation, ob Sie ihr Vertrauen entgegenbringen oder ob das nicht der Fall ist. Wie ist das mit...?“ [In der Rubrik 4 sind die Indexwerte, die sich aus der Differenz zwischen Vertrauen und mangelndem Vertrauen ergeben, abgedruckt. In der Rubrik 5 sind dagegen lediglich die Werte für Vertrauen aufgeführt.] (6) „Glauben Sie, daß durch die Existenz der Bundeswehr eine wirksame Verständigungspolitik mit dem Osten gestört und damit eher eine Gefahr für den Frieden gegeben ist, oder glauben Sie, daß die Existenz der Bundeswehr den Frieden sicherer macht?“

Umfragebeschreibung: Die Umfragen sind jeweils repräsentativ für die Bevölkerung der Bundesrepublik ab 14 bzw. 16 Jahren. N zwischen 1.000 und 2.000 Befragte.

Institut/Quelle: (1) Institut für Demoskopie, E. Noelle-Neumann und E.P. Piel: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978-1983, S. 325. (2) infas, MARPLAN, R. Zoli: Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Spiegel öffentlicher Meinungen in den Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland, in: R. Zoll (Hrsg.): Sicherheit und Militär, Opladen 1982, S. 59. (3) EMNID, infas: R. Richter: Legitimitätsdefizite in der Bundeswehr? Eine Interpretation empirischer Umfrageergebnisse, in: W.R. Vogt (Hrsg.): Sicherheitspolitik und Streitkräfte in der Legitimitätskrise. Baden-Baden 1983, S. 190, infas: Sicherheitspolitik und Öffentlichkeit. Unveröffentl. Bericht, Bonn-Bad Godesberg 1982, S. 60. (4) infas Institut, infas: Report für die Presse Nr. 13, 11.6.1985. (5) EMNID Institut, EMNID Informationen Nr. 5/1984, S. 15. (6) EMNID, Unveröffentlichte Umfragen für das Bundesministerium der Verteidigung.

Tabelle 11: Beurteilung der Bundeswehr unter männlichen Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren (in Prozent)

	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
Sehr wichtig	26	32	35	27	21	22	20
Wichtig	50	48	47	48	54	42	44
Nicht so wichtig	15	11	8	13	13	18	20
Unwichtig	2	2	2	3	3	4	5
Überflüssig	3	3	2	3	3	5	4
Schädlich	2	2	2	1	2	3	3
Gefährlich	2	2	3	4	3	5	4
Keine Angabe	—	—	1	1	1	1	—

Frageformulierung: „Was halten Sie von der Bundeswehr in der heutigen Zeit – bei der heutigen Weltlage? Sagen Sie es mir bitte anhand dieser Liste.“

Umfragebeschreibung/Quelle: Bis 1982 Erhebung durch infas, seitdem durch SINUS. Männliche Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren, jeweils rund 1.500. Unveröffentlichte Umfragen für das Bundesministerium der Verteidigung.

6. Schlußbemerkungen

Wohl selten hat eine sicherheitspolitische Entscheidung innenpolitisch zu derart heftigen Auseinandersetzungen, aber auch zu derart vielen divergierenden Beurteilungen und Fehlurteilen geführt wie im Falle der Nachrüstung. Nachrüstungsgegnerschaft wurde mit Nato-Gegnerschaft, Antiamerikanismus und allgemeiner Staatsfeindschaft gleichgesetzt. Nachrüstungsgegner wurden zu Minderheiten deklariert, die entweder durch staatsfeindliche oder zumindest irrationale Orientierungen geprägt sind, so daß sie als mehr oder minder unmündig abgetan werden. Zugleich schwankt die Beurteilung der Nachrüstungsgegnerschaft als gesellschaftliches Phänomen zwischen einer zugeschriebenen Irrelevanz bis hin zur Dramatisierung – besonders bezüglich eines vermeintlich steigenden Neutralismus.

Die Wirklichkeit sieht anders und differenzierter aus, als es viele Beobachter und Kommentatoren der Entwicklung wahrzunehmen glauben. Nachrüstungsgegner sind eine klare Mehrheit in der Bundesrepublik. Die Friedensbewegung erfährt breite Sympathie, und ein großer Teil der Bundesbürger ist zu Aktionen gegen die Nachrüstung bereit. Daß die Friedensbewegung eine derart hohe Bewertung erfährt und sich selbst gegen die allgemeine öffentliche Kritik seitens der etablierten politischen Institutionen verbreiterte, ist

ein bemerkenswertes Faktum. Es zeugt für ein inzwischen erreichtes hohes eigenständiges Gewicht und läßt einen raschen Zerfall auf der Ebene des allgemeinen Unterstützungspotentials unwahrscheinlich erscheinen. Ob die Nachrüstung, einmal begonnen, langfristig diese Situation ändern wird, wird von der weiteren Thematisierung durch die Friedensbewegung und vom Gefühl unmittelbarer Bedrohung durch die Nachrüstung abhängen.

Weil die Mehrheit der Nachrüstungsgegner die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur Nato nicht in Frage stellte, blieben die Auswirkungen auf die sicherheitspolitischen Orientierungen bislang schwächer als von manchen Kommentatoren wahrgenommen. Vielleicht hat dazu mit beigetragen, daß der Mehrheit der Bundesbürger die Entscheidungsinstanz bei Einsatz von Atomwaffen unbekannt ist. Daß der amerikanische Präsident die letztliche Verfügungsgewalt innehat, weiß weniger als ein Drittel. Wachsende Kritik an der amerikanischen Regierung und an einer allzu engen Anlehnung an die USA vermag sich so nicht nennenswert auf die Nato-Akzeptanz auszuwirken. Man glaubt, die vermutete Stationierungsbedrohung in gewissem Ausmaß durch Eigeneinfluß auffangen zu können. Man sieht mehr Gemeinsamkeiten in der Entscheidung über Atomwaffen als sie realiter vorhanden sind.⁴⁹ Erosionserscheinungen sind gleichwohl nicht zu verkennen. Und sie werden sich in dem Maße stabilisieren oder fortschreiten, in dem die Nachrüstung als zentraler Bestandteil der Nato gesehen wird. Dies aber hängt weniger von der Logik des Nachrüstungsprotests als primär von der Art der Zuschreibung ab, die – sowohl im Lager der Nachrüstungsgegner als auch der Nachrüstungsbefürworter – betrieben wird.⁵⁰

Und noch ein weiteres Element kommt in diesen Prozeß der Neukonfiguration sicherheitspolitischen Denkens herein: die Art und Weise, in der die Vertreter der Nachrüstungsbeifürwortung und Nachrüstungsopposition miteinander umgehen. Etikettierungs- und Ausgrenzungsprozesse verstärken im allgemeinen Polarisierungen. Die Unterschiede werden zu Lasten der Gemeinsamkeiten akzentuiert und zum „Kennzeichen“ der Gruppierungen hochstilisiert. Das wiederum muß zur Ausbildung eigenständiger, voneinander abgegrenzter Sichtweisen führen. Auf seiten der Nachrüstungsgegner würde das eine stärkere, generalisierte Distanzierung von der etablierten Sicherheitspolitik bedeuten.⁵¹ Stigmatisierungsprozesse, wie sie teilweise seitens der etablierten Politik und verschiedener Medien gegenüber den Nachrüstungsgegnern praktiziert wurden, werden deshalb die Erosion des sicherheitspolitischen Konsens – entgegen ihren eigenen Intentionen – eher begünstigen als verhindern. Der sicherheitspolitische Konsens kann eben nicht durch Ausgrenzung und Zwang, sondern nur durch Kommunikation geschaffen und erhalten werden.⁵²

Von der in der Bevölkerung verbreiteten Nachrüstungsgegnerschaft und Sympathie für die Friedensbewegung ist auch die Bundeswehr nicht unberührt geblieben. Sie ist von außen wie von innen heraus entsprechenden Einflüssen ausgesetzt. Nach ihrer Einstellung zum Nachrüstungsprotest gefragt,

äußerten 1984 rund 66 % der männlichen 16-18jährigen Jugendlichen – die zukünftigen Rekruten der Bundeswehr – Sympathie für die Friedensbewegung.⁵³ Anzeichen für eine Aufnahme der Thematik auf allen Ebenen der militärischen Hierarchie deuten sich an. Das Auftreten von Offizieren, die der offiziellen Sicherheitspolitik ablehnend gegenüberstehen, ist zu einem völlig neuen Problem für die Armee geworden. Heftige Reaktionen seitens der militärischen Führung waren die Folge.⁵⁴ Versuche, Kritik zu unterdrücken und deren Vertreter auszugrenzen, werden jedoch allenfalls kurzfristig „Ruhe“ bringen. Langfristig läuft die Bundeswehr unter den gegebenen Umständen Gefahr, sich abzuschotten und zu einer Gegenkultur zu werden, die sich von der sie umgebenden Gesellschaft entfernt. Damit ist das Potential für weitere Spannungen und negative Rückwirkungen gelegt.

Anmerkungen

- 1 Vgl. z.B. W. R. Vogt: Kopernikanische Wende in der Sicherheitspolitik?, in: W.R. Vogt (Hrsg.): Streitfall Frieden, Heidelberg 1984, S. 3; SPIEGEL-Gespräch mit K. Biedenkopf, in: DER SPIEGEL Nr. 51/1983, S. 28ff.; J. Möllemann: Aspekte liberaler Friedenspolitik, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), 1/1983, S. 48
- 2 W. Kaltefleiter: Das Image der Nato, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Frieden und Sicherheit als Herausforderung, Bonn 1983, S. 141
- 3 Vgl. K.H. Reuband: Antiamerikanismus - ein deutsches Problem?, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden, 3, H. 1/1985, S. 46-52
- 4 P. Scholl-Latour, in: DER STERN, Nr. 43/1983, S. 3; Nr. 49/1983, S. 4
- 5 So A. Glucksmann in seinem zwischenzeitlich ins Deutsche übersetzten Buch „Philosophie der Abschreckung“, Stuttgart 1984. Hier zitiert nach FAZ vom 28.11.1983, S. 19
- 6 Z.B. W.v. Bredow: Zusammensetzung und Ziele der Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B24/1982, S. 12; DIE WELT vom 25.8.1983, S. 2
- 7 K. Sontheimer: Zeitenwende, München 1983, S. 222; FAZ vom 19.9.1983, S. 1
- 8 Eine Diskussion dieser Frage speziell im Hinblick auf die Nachrüstungsfrage in der Bundestagswahl 1983 bei K.H. Reuband: Mehrheitsmeinungen und Wahlentscheidung, in: Gegenwartskunde, Heft 3, 1985, S. 299-310
- 9 Zum Verhältnis von Indikator und angezielte Einstellungsdimension vgl. E.K. Scheuch: Das Interview in der Sozialforschung, in: R. König (Hrsg.): Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. 2, 1. Teil, Stuttgart 1973, S. 1-190; eine ausführliche Bestandsaufnahme von Umfragen zur Sicherheitspolitik unter Einbeziehung früherer Studien bei B. Meyer: Der Bürger und seine Sicherheit, Frankfurt/New York 1983
- 10 Zur Allensbach-Umfrage vgl. E. Noelle-Neumann: Drei Viertel gegen die Raketenstationierung? in: FAZ vom 16.9.1983, S. 11; zur Umfrage des Verteidigungsministeriums entsprechende Kommentare u.a. in FAZ vom 29.9.1983, S. 6 und Kölner Stadtanzeiger vom 1./2.10.1983
- 11 G. Langguth: Der grüne Faktor, Zürich/Osnabrück 1984, S. 95
- 12 Ausführlich zu dieser und anderen Umfragen vgl. K.H. Reuband, Demoskopische Verwirrungen in der Nachrüstungsfrage, in: Vorgänge, Nr. 66, 1983, S. 64-80

- 13 E. Noelle-Neumann, a.a.O. (Anm. 10)
- 14 Zu den Zahlen, die bereits Anfang 1981 ein Überwiegen der Nachrüstungsgegner belegen siehe Institut für Demoskopie: Pazifistische Strömungen in der Bundesrepublik. Allensbach 1982 (unveröffentl.). Die Zahlen sind wieder abgedruckt bei P. Klein: Minderheitenprotest oder Volksbewegung?, in: W.R. Vogt (Hrsg.): Streitfall Frieden, Heidelberg 1984, S. 193. Zum Interview mit E. Noelle-Neumann, in dem sie selbst die Zahl der Nachrüstungsgegner auf 50-60 % beziffert, vgl. QUICK Nr. 47, 1983, S. 42
- 15 Dazu ausführlicher K.H. Reuband: Suggestivfragen und Suggestibilität, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Heft 2, 1985; ders., a.a.O., (Anm. 12)
- 16 Ders., a.a.O., (Anm. 12); K.H. Reuband: Struktur und Defizite sicherheitspolitischer Kenntnisse in der Bevölkerung, in: R. Steinweg (Red.), Kriegsursachen, Frankfurt 1986; zur Stabilität über Zeit und variierende Fragestimuli vgl. auch W. Berger, W.C. Gibowski und D. Roth, Zwei Drittel gegen neue Raketen, in: DIE ZEIT Nr. 41 vom 7.10.1983, S. 3
- 17 Für 1983 vgl. E. Noelle-Neumann: Die Zuversicht der Deutschen wächst, in: CAPITAL, Aug. 1983, S. 124. Für 1984 vgl. DER SPIEGEL, Nr. 38, 1984, S. 28
- 18 Untergliedert man Tabelle 1 nach Alter, so bezeichnen – nach unveröffentlichten Aufgliederungen – als „sehr wichtig“ „Für Abrüstung in Ost und West sorgen“: 14-19jährige 59 %, 20-29jährige 63 %, 30-39jährige 59 %, 50-59jährige 61 %, 60-64jährige 59 %. „Die militärische Verteidigungskraft der Bundesrepublik Deutschland stärken“: 14-19jährige 12 %, 20-29jährige 9 %, 30-39jährige 12 %, 40-49jährige 13 %, 50-59jährige 17 %, 60-64jährige 19 %. Für die These, langfristig steigender Postmaterialismus würde eine andere Orientierung im Bereich der Sicherheitspolitik bewirken, vgl. R. Inglehart: Generational chance and the future of the atlantic alliance, in: PS, 17, 1984, S. 525-535; zur These, die Entspannungsperiode hätte die Prioritäten verschoben, vgl. u.a. W. Kaltefleiter: Public support for the Nato, in: K.M. Myers (Hrsg.): Nato – the next thirty years, Boulder, Col. 1980, S. 397-415.
- 19 Zur Protestbereitschaft allgemein vgl. W. Barnes, M. Kaase u.a.: Political Action, Beverly Hills und London 1979. Zum minimalen Einfluß des Alters auf die Nachrüstungsgegnerschaft siehe K.H. Reuband, Issueorientierung und Nachrüstungsprotest, in: J.W. Falter, C. Fenner und M. Th. Greven (Hrsg.): Politische Willensbildung und Interessenvermittlung, Opladen 1984; SINUS: Sicherheitspolitik, Bündnispolitik und Friedensbewegung, München 1983
- 20 Die anderen Formen negativer Auswirkungen betreffen das Verhältnis zwischen Ost und West, besonders auch das Verhältnis Bundesrepublik – DDR. Vgl. DER STERN, Nr. 43 vom 20.10.1983, S. 73
- 21 Zum gleichen Befund mit anderem Indikator in der gleichen Umfrage vgl. SINUS, a.a.O., (Anm. 19), S. 38. Demgegenüber zeigen andere Umfragen, die bloß nach der „Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland“ fragen und nicht explizit machen, daß es um die neuen Raketen geht, eher das Gefühl größerer Sicherheit (so EMNID-Umfrage für das Bundesministerium der Verteidigung 1982 und 1983). Entgegen den üblichen Interpretationen sagt das nichts über die Stationierung der neuen Raketen aus, sondern eher über die Akzeptanz bestehender Raketen.
- 22 Daß sich in vielen Fällen die geäußerte Meinung an den offiziell vertretenen Positionen orientiert, das deuten Untersuchungen über die Einstellungen der Bürger zur Sicherheitspolitik an. Vgl. J.E. Mueller: War, presidents and public opinion, New York 1973, insbes. S. 196ff.
- 23 K.H. Reuband, a.a.O., (Anm. 12)
- 24 K.H. Reuband: Die Friedensbewegung nach Stationierungsbeginn, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), H. 3/1985, S. 147-156
- 25 Vgl. auch K.H. Reuband: Die Friedensbewegung vor und nach den „Aktionswochen“ im Herbst 1983, in: Vorgänge, Nr. 67, 1984, S. 12-25

- 26 Eine Abweichung vom allgemeinen Trend zeigt sich auch im Ausmaß der zuerkannten Billigung (Frage 2 der Tab. 5). Kurzfristige Schwankungen in der Beurteilung der globalen Akzeptanz mögen die Ursache sein. Im Ausmaß der Bereitschaft zur Mitarbeit (Frage 8 in Tab. 5) zeigt sich in der *gleichen* Erhebung eine Ausweitung des Unterstützungspotentials.
- 27 Unveröffentlichte Umfragen des EMNID Instituts für das Bundesministerium der Verteidigung.
- 28 Eigene Berechnungen nach unveröffentlichten Umfragen des EMNID Instituts für das Bundesministerium der Verteidigung. Das Ausmaß an Aktionspotential wird durch die aufgeführten Zahlen womöglich noch unterschätzt, die Ausschöpfung überschätzt. Tatsächlich erhält man höhere Beteiligungsbereitschaft, wenn man die Befragten nach den Aktionen getrennt fragt und sie die Wahrscheinlichkeit der Partizipation beurteilen läßt. Im Herbst 1983 zeigt sich dann z. B. für die Teilnahme an Unterschriftensammlungen gegen die Nachrüstung in der Bevölkerung eine Partizipationsbereitschaft von 30 % als „ziemlich sicher“ und weiteren 28 % als „werde ich unter Umständen tun“ (eigene Erhebung, EMNID Institut).
- 29 Es gibt verschiedene Gründe für und gegen die Nichtakzeptanz von Meinungslosigkeit im Interview. Wir neigen dazu, Meinungslosigkeit als valide und sinnvolle Information im Interview zu betrachten. Ein Plädoyer für deren stärkere Beachtung auch in H. Schuman und S. Presser: Questions and answers in attitude surveys, New York 1982
- 30 Vgl. B. Meyer: Neutralistische Träumereien?, in: R. Steinweg (Hrsg.): Die neue Friedensbewegung, Frankfurt 1982, S. 113-145; B. Meyer, a.a.O., (Anm. 9), DER SPIEGEL, Nr. 49/1981; EMNID: EMNID Informationen 5/1980, S. 12. Zur Situation in früheren Jahren vgl. auch D. Szabo: West Germany: Generations and changing security perspectives, in: Ders. (Hrsg.): The successor generation, London 1983, S. 43-75. Zu einer ähnlichen Beurteilung der Präferenzen in den 50er Jahren vgl. auch K.W. Deutsch und L. Edinger: Germany rejoins the power, Stanford 1959, S. 22
- 31 Zur Stützung des Abschreckungsprinzips vgl. E. Noelle-Neumann und E. Piel: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978-1983, München 1983, S. 630. Zur Verteidigungsbereitschaft unter den Bedingungen der gegenwärtigen militärischen Doktrinen vgl. R. Zoll: Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Spiegel öffentlicher Meinungen in den Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland, in: R. Zoll, Hg., Sicherheit und Militär, Opladen 1982, S. 65; dazu auch B. Meyer, a.a.O., (Anm. 30), S. 137. Zur Beurteilung als „oberflächlich“ vgl. R. Richter: Legitimitätsdefizite der Bundeswehr, in: W.R. Vogt, Hg., Sicherheitspolitik und Streitkräfte in der Legitimitätskrise, Baden-Baden 1983, S. 180; W.R. Vogt: Die Legitimitätsproblematik der Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Kernwaffenzeitalter, in: W.R. Vogt (Hrsg.) Sicherheitspolitik und Streitkräfte in der Legitimitätskrise, Baden-Baden 1983, S. 128
- 32 Vgl. Interview mit E. Noelle-Neumann, in: BILD vom 21.9.1983, S. 2; zur Reaktion Petra Kellys vgl. u.a. Kölner Stadt-Anzeiger vom 24.10.1983, DIE WELT vom 24.10.1983
- 33 Ph. Converse: The nature of beliefs in mass publics, in: D. Apter (Hrsg.): Ideology and discontent, New York 1964
- 34 Dieser Gedankengang wird durch den Labeling-Ansatz in der Soziologie abweichenden Verhaltens nahegelegt. Die sich dann entfaltende Dynamik folgt den Prinzipien kognitiver Gleichgewichtstheorien.
- 35 Vgl. K.H. Reuband: Life histories, in: J. Clubb und E.K. Scheuch (Hrsg.): Historical Social Research, Stuttgart 1980, S. 149
- 36 DER SPIEGEL, Nr. 49, 1981, S. 94
- 37 Vgl. J. Leinemann: Die Angst der Deutschen, Reinbek bei Hamburg 1982, S. 158; SINUS, a.a.O., (Anm. 19), S. 80; K.H. Reuband, a.a.O., (Anm. 19), S. 596

- 38 Vgl. E. Noelle-Neumann, a.a.O., (Anm. 10)
- 39 R. Inglehart, a.a.O.; W. Kaltefleiter, a.a.O., (Anm. 18)
- 40 Das legt eine eingehendere Sichtung der vorliegenden Umfragen nahe. Unterschiede in der Beurteilung amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik als „Schutz“ sind z.B. 1981 zwischen den Generationen kaum existent. Lediglich die 14- bis 19-jährigen sind etwas reservierter. „Schutz“ 14-19: 31 %, 20-29: 49 %, 30-49: 42 %, 50-64: 47 %, 65+: 48 %. Quelle: EMNID Informationen Nr. 11/1981, S. 14; zum Einfluß des Alters auf Sicherheitseinstellungen vgl. auch B. Meyer, a.a.O., (Anm. 9)
- 41 Vgl. u.a. Newsweek, Juli 1983, S. 9; World Opinion Update VI, 3/1982, S. 71; W.J. Feld: Aufrüstung und europäisch-amerikanische Spannungen, in: Journal für Sozialforschung, 24, 1984, S. 249ff.; K.H. Reuband, a.a.O., (Anm. 3)
- 42 R.L. Merritt und D. Puchala: Western European Perspectives, New York 1968, S. 243 f.
- 43 S. Szabo: Conclusion, in: S. Szabo (Hrsg.): The successor generation, London 1983, S. 171 .
- 44 W. Kaltefleiter, a.a.O., (Anm. 18). Die Zahl für neutralistische Positionen ist hier im Jahre 1965 falsch abgedruckt. Es muß 37 % statt 32 % heißen; ausgelassen wird komplett das Jahr 1961. Die vollständige und richtige Zeitreihe ist bei uns in Tabelle 8:4 abgedruckt.
- 45 In einigen Fällen wechselt dies sogar von Jahr zu Jahr. Wenn der Wert plötzlich auf wenige Prozentpunkte abfällt, ist dies nicht ein Zeichen für Auskristallisation von Einstellungen zu werten, sondern als andersgearteter Umgang mit der Kategorie der Meinungslosen.
- 46 International Herald Tribune vom 29.11.1983. Eine Ausnahme bildet unter den Stationierungsländern lediglich England. Und das mag etwas mit den Auswirkungen des Falkland-Krieges und einem neuen kämpferischen Patriotismus zu tun haben.
- 47 Zur Akzeptanz des Abschreckungsprinzips abstrakt vgl. E. Noelle-Neumann und E.P. Piel, a.a.O., (Anm. 30). Zur steigenden Bereitschaft einseitiger Abrüstung E. Noelle-Neumann, a.a.O., (Anm. 10)
- 48 Unveröffentlichte Umfragen des SINUS Instituts für das Bundesministerium der Verteidigung.
- 49 Zum Entscheidungsprozeß beim Einsatz von Atomwaffen siehe A. Mechttersheimer und P. Barth (Hrsg.): Den Atomkrieg führbar und gewinnbar machen?, Reinbek bei Hamburg 1983, S. 186ff. Zur Informiertheit siehe infas: Sicherheit, Verteidigung und Bundeswehr in der öffentlichen Meinung (Umfrage für das Bundesministerium der Verteidigung), Bonn-Bad Godesberg 1978, 1980. Gibt man – im Rahmen von Multiple-Choice-Fragen – drei Antwortkategorien vor, so kommt man auf 35 %, gibt man fünf Kategorien vor, so kommt man auf 18 % richtige Angaben. Das könnte ein Hinweis für z.T. weitverbreitetes Raten sein. Allein bei zufälligen Antworten käme man bereits auf ein Drittel bzw. ein Fünftel. Zur Kritik an den USA vgl. K.H. Reuband (Anm. 3).
- 50 Nach N. Smelser gibt es bei Blockierung der eigenen Bemühungen eine Tendenz, in der Ursachen- und Kritikzuschreibung auf eine höhere Ebene des „belief systems“ überzugehen – in diesem Falle wäre das von der spezifischen Kritik am Doppelbeschluß auf eine Kritik an der Nato. Doch auch wenn eine derartige Neigung latent vorhanden ist: um nennenswert realisiert zu werden, bedarf es des Angebots entsprechender Situationsdefinitionen und Zuschreibungen. Zum Konzept von den „generalized beliefs“ vgl. N. Smelser: Theory of collective behavior, London 1962, S. 79ff.
- 51 Vgl. hierzu etwa L. Coser: Theorie sozialer Konflikte, Neuwied 1965, S. 144ff; L. Festinger und E. Aronson; Arousal and reduction of dissonance in social contexts, in: D. Cartwright und A. Zander (Hrsg.): Group dynamics, London 1968, S. 125-157
- 52 Die Notwendigkeit, Konsens durch Dialog zu begründen, ist inzwischen auch von

einigen Politikern – wie Kurt Biedenkopf – wiederholt betont worden. Vgl. DER SPIEGEL, Nr. 51/1983, S. 30

53 Unveröffentlichte Umfragen des SINUS Instituts für das Bundesministerium der Verteidigung.

54 Vgl. B. Kieker: Kein Pardon für Querdenker, in: DIE ZEIT, Nr. 48 vom 23.11.1984, S. 13; DER STERN, Nr. 11 vom 8.3.1984, S. 198; DER SPIEGEL, Nr. 39/1984, S. 14. Zur entsprechenden Rechtssprechung, welche Bundeswehrsoldaten abweichende Meinungsäußerungen einräumt, vgl. DER SPIEGEL, Nr. 38/1984, S. 86; Frankfurter Rundschau vom 30.11.1984, S. 1. An dem informellen Klima in der Bundeswehr wird dies indes kaum etwas ändern. Schließlich sei in diesem Zusammenhang auch auf den „Maulkorbberlaß“ des Verteidigungsministeriums anlässlich einer geplanten Tagung mit Vertretern der Friedensbewegung hingewiesen, vgl. Frankfurter Rundschau vom 28.1.1984, S. 1.